

DP

DEUTSCHE POLIZEI

08/25

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Demokratie unter Beschuss
**Mission: Starker
Verfassungsschutz**

DEMOKRATIE

STEHT HINTER DIR



Für alle Polizeibeschäftigten sind wir die Rückendeckung.

Auch für Dich!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt sich als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei nicht nur für Deine beruflichen Belange ein. Sie hat auch zusammen mit der SIGNAL IDUNA Gruppe das Gemeinschaftsunternehmen PVAG, die Polizeiversicherungs-AG, gegründet. Diese einmalige Kombination schützt Dich in allen Bereichen Deines Berufs – egal ob in Uniform oder privat.

Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Kontaktdaten scannen!

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA



Titel

Bundesfachausschuss mit Position



- 2 Starke Demokratie mit starkem Verfassungsschutz
- 6 Wir geben unseren Kolleginnen und Kollegen eine Stimme
- 7 Zahnräder unserer Sicherheitsstruktur müssen ineinander greifen
- 8 Zwischenstopp Rheinland-Pfalz
- 8 Aktuelle Herausforderungen erörtert



Exklusiv in der digitalen DP-Ausgabe 08/2025

Verkehrssicherheitsexperte Peter Schlanstein berichtet über **„Künstliche Intelligenz und vernetztes Fahren“**. Er gibt eine Antwort auf die Frage, ob dies eine neue Ära der Verkehrssicherheit darstellen wird. Fest steht: Die Digitalisierung des Straßenverkehrs ist unumkehrbar. KI und vernetztes Fahren sind keine Zukunftsvisionen, sondern Realität. Sie bergen das Potenzial, tausende Menschenleben jährlich zu retten – wenn wir die Technik verantwortungsvoll und gezielt einsetzen. Doch was bedeutet das für die Polizei?

GdP-Bundesvize Alexander Polizei war beim Europäischen Polizeikongress gleich an zwei thematischen Fronten als Referent im Einsatz. Was er zu den Themen **„KI und Massendaten“** sowie **„Nachsehen im Dienst: Teillegalisierung von Cannabis“** beisteuerte, ist Teil des digitalen Magazins.

Innenleben

40. Jahrestag des Schengener Abkommens



- 10 Schengen benötigt Polizei – Polizei braucht Europa

Grüner Stern beim Europäischen Polizeikongress



- 12 Kommunikationsmagnet mit reichlich Expertise im Gepäck
- 14 Arbeiten im Verkehr – Einsatzkräfte wirksam schützen

- 16 Die unbekannt Dimension der Häuslichen Gewalt
- 18 Nachruf Günter Schröder
- 22 Die Politik tut gut daran, sich nicht in das operative Geschäft einer hoch spezialisierten Behörde wie der Bundespolizei einzumischen
- 25 Faktor Mensch
- 26 Ruhig angehen lassen nur mit Vorbereitung
- 27 GdP-Plus Partner Gewinnspiel 2025: Große Resonanz

Die Wendezeit im gewerkschaftlichen Rückspiegel



- 28 Die sagten, du hast zwar keine Ahnung von Polizei, aber du kannst Gewerkschaft
- 32 JugendAuszubildendenVertretung
- 32 Impressum

„Schengen funktioniert nicht von allein“, weiß DP-Autor Roland Voss. Und in seinem Kommentar erklärt er, warum. Es reiche nicht, Freizügigkeit zu feiern. „Wir benötigen verlässliche Strukturen, abgestimmte Einsatzgrundlagen und genügend Menschen, um das System zu tragen.“

In Berlin trafen sich Kolleginnen der GdP-Bundesfrauengruppe, um sich gemeinsam auf die bevorstehende Bundesfrauenkonferenz im März 2026 vorzubereiten. Warum die Gruppe **„Vernetzt, engagiert, entschlossen...“** ist, erläutert DP-Autorin Carolin Gütschow.

„Schlau investieren und beteiligen“ sei im Zusammenhang mit der Polizeiverwaltung der richtige Weg, verdeutlicht das thematisch zuständige Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes Katrin Kuhl in ihrem Beitrag.



BUNDESFACHAUSSCHUSS MIT POSITION

Starke Demokratie mit starkem Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2024 wirft ein düsteres Bild auf die Bundesrepublik. Die Zahl der Extremisten, insbesondere im rechten Spektrum, steigt. Diese werden zudem jünger und gewaltbereiter. Junge Menschen sind auch im Suchfeld der Terrormiliz IS und des Salafismus. Diese Altersgruppe radikalisiert sich meist online und schnell. Von dort bis zur Tat ist es nicht weit. Überdies ist Deutschland ein zentrales Ziel von Cyberangriffen und Spionage. Unsere Demokratie ist unter Druck. Eine wirksame Antwort darauf ist ein starker Verfassungsschutz, sagt der zuständige Bundesfachausschuss der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in seinem aktuellen Positionspapier.

Redaktion

„Hier erwarte ich ein klares Bekenntnis der Politik zum Verfassungsschutz und seinen Mitarbeitenden“, sagte das zuständige Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, Katrin Kuhl, in einem Pressestatement anlässlich der Vorstellung des Berichtes. Sie sorgt sich vornehmlich mit Blick auf die zunehmende politisch rechts motivierte Kriminalität und betont: „Dass Fremdenfeindlichkeit nicht zum Trend wird, – gerade auch in jungen Generationen – ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Jeder DemokratIn, jedem Demokraten sollte beim Blick in den Verfassungsschutzbericht klar werden, was hier auf dem Spiel steht!“ Nicht zuletzt deutet Kuhl zufolge der Anstieg im Linksextremismus auf mehr Angriffe auf die Vertreterinnen und Vertreter des Staates hin. Natürlich hilft demokratisches Engagement, dennoch muss ein professionell arbeitender Verfassungsschutz stabiler Teil der deutschen Sicherheitsarchitektur sein. Doch selbst bei modernster Ausstattung machen erst die Mitarbeitenden die Behörden zu einem wirkungsvollen, schlagkräftigen Instrument. Die Attraktivität des Arbeitsplatzes spielt dabei eine große Rolle, unterstreicht Kuhl und verweist auf die jüngst abgeschlossenen Tarifverhandlungen des Bundes und die noch kommenden für die Länder. Es sei erforderlich, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen sowie den Beschäftigten Wertschätzung auszudrücken.

Die Menschen

In einer wehrhaften Demokratie agieren die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder als zentrales Frühwarnsystem unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Die Kernkompetenz des Verfassungsschutzes ist die Beschaffung, analytische Bewertung und Verdichtung von Informationen zu potenziell staatsgefährdenden Bestrebungen. Hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstellen Gefährdungseinschätzungen und berichtsfähige Lagebilder für die Regierungen und weiteren Sicherheitsbehörden. Die Interessenvertretung des Verfassungsschutzes ist die GdP. Wir fordern für die Beschäftigten den verdienten Respekt, bestmögliche Arbeitsbedingungen in Zeiten des demografischen Wandels und einer sich weiterentwickelnden hybriden Arbeitswelt sowie ideale Personalentwicklungsmöglichkeiten.

Der Stellenwert

Die Angriffe auf demokratische Grundwerte und Institutionen haben erheblich zugenommen. Ein Beispiel: Verfassungsschutzbehörden sollen mit dem Vergleich zum in der DDR verbrecherisch agierenden Ministerium für Staatssicherheit (MfS) diskreditiert werden. Dem muss mit einem kontinu-

ierlichen „Grundkonsens der Demokraten“ entgegnet werden. Das heißt, mit einem Bekenntnis zum Verfassungsschutz – in jeder Hinsicht. Während das Vertrauen der Gesellschaft in die Polizei ungebrochen hoch ist, verhält es sich beim Verfassungsschutz gegensätzlich. Eine adäquate Öffentlichkeitsarbeit würde eine Wende herbeiführen. Mit Blick darauf muss insbesondere der Präventionsbereich inhaltlich und personell spürbar verstärkt werden.

Als Gewerkschaft wollen wir, dass die Sicherheit der nachrichtendienstlichen Arbeit sowie die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet ist.

Das gesetzliche Trennungsgebot steht für die GdP nicht zur Disposition. Wir fordern jedoch, dass die Verfassungsschutzbehörden ihren gesetzlichen Auftrag gemäß Paragraph 20 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, Informationen an die Polizeien weiterzuleiten, wahrnehmen können. Widersprechende gesetzliche oder behördliche Regelungen, auch infolge der Rechtsprechung, gehören auf den Prüfstand und müssen einer politischen beziehungsweise legislativen Lösung zugeführt werden.

Im Wandel

Nach den jahrzehntelangen „Wellenbewegungen“ in den klassischen Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus ist seit einigen Jahren eine massive Zunahme in allen Arbeitsbereichen in den Verfassungsschutzbehörden zu verzeichnen. So nehmen ideologische Überschneidungen zu. Jedoch gewinnen auch neue Aufgabenbereiche wie die Cyberabwehr an Bedeutung.

Mit Sorge blickt – nicht nur die GdP – auf die zunehmende Radikalisierung innerhalb der sozialen Medien. Begleitet wird diese durch das Erstarken extremistischer Positionierungen und einer erhöhten Gewaltbereitschaft. Umfang und Intensität der gleichzeitigen Bedrohungen gegen demokratische Grundwerte stellen nach Auffassung des GdP-Bundesfachausschusses Verfassungsschutz eine nie dagewesene gesellschaftliche Herausforderung dar. Um diese Bedrohungen wirksam abzuwehren, muss die datenzentrierte Auswertung verbessert sowie nachrichtendienstliche Mittel verstärkt eingesetzt werden. Voraussetzung dafür sind das Schaffen rechtlicher Grundlagen und der Abbau zu hoher Hürden.

Die effiziente Aufklärung wird durch datenschutzrechtliche Regelungen, bürokratische Auflagen sowie durch neue Urteile fortschreitend beschränkt. In einer offenen Debatte sollte laut GdP das Verhältnis von „informationeller Selbstbestimmung“ und effizienter Aufgabenerledigung der Verfassungsschutzbehörden erörtert werden. Ins-

besondere im Interesse der Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung lautet das Ziel, dieses Verhältnis neu zu justieren.

Virtueller Raum

Der virtuelle Raum entwickelt sich zunehmend zu einem Schauplatz extremistischer Aktivitäten. Dies nicht erst seit gestern. Dass die Arbeit komplexer und umfangreicher wird, ist die zwangsläufige Folge.

Die Verfassungsschutzbehörden im Bund und in den Ländern haben reagiert und Maßnahmen ergriffen, um Online-Informationen effizienter bewerten zu können. Eingesetzt werden die offene Erhebung im Internet (OSINT) sowie die operative Nutzung des Internets. Dabei stoßen die Behörden oft an ihre Grenzen. Das Informationsaufkommen ist derart umfangreich, dass mit den vorhandenen Ressourcen häufig nur Teilerfolge erzielt werden können.

Bei der Auswertung größerer Datenmengen fordert die GdP eine stärkere Kooperation zwischen Verfassungsschutz-, Polizei und weiteren Sicherheitsbehörden. Ferner soll künftig Künstliche Intelligenz (KI) zur Automatisierung von Prozessen eingesetzt werden. Beschäftigte müssen bei diesem Unterfangen jedoch frühzeitig einbezogen werden.

Cyberangriffe und Spionage

Angriffe auf die öffentliche Infrastruktur, systemrelevante Institutionen oder Firmen und Spionageaktivitäten, zudem von fremden staatlichen Stellen gelenkte Desinformationskampagnen, verlagern sich zusehends in den virtuellen Raum.

Zur Abwehr und Aufklärung von IT-Angriffen und Spionageaktivitäten erkennt die GdP sofortigen Handlungsbedarf mit Blick auf eine deutliche Erhöhung finanzieller, technischer und personeller Ressourcen. Neben einer stärkeren Steuerung auf Bundesebene sieht die Gewerkschaft eine stärkere Vernetzung staatlicher Institutionen als erforderlich an.

Demografische Herausforderungen

Verlassen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Behörden, nehmen sie oft elementares Wissen und Know-how mit. Es tun sich Lücken auf. Personalwirtschaftliche Voraussetzungen sollen einen umfänglichen Wissenstransfer gewährleisten und Abhilfe schaffen. Es bedeutet, dass neues Personal so frühzeitig und parallel zum bestehenden eingestellt wird, dass es durch eine umfassende Einarbeitung bestmöglich auf neue Aufgaben vorbereitet wird. Obligatorisch soll dieser Prozess eine vertiefende Ausbildung in der Akademie für Verfassungsschutz beinhalten, ergänzt werden könne

über Inhouse-Schulungen. Relevante Schulungsangebote der Polizei – zum Beispiel im Staatsschutz und der Informationstechnik – könnten ebenso Verwendung finden. Bestehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss ein kontinuierlicher Zugang zu Fortbildungen angeboten werden. Ohne zeitnahe Investitionen in das Personal sowie in die Infrastruktur der Akademie für Verfassungsschutz wird das jedoch nicht funktionieren.

Das Gewinnen von Personal im Verfassungsschutzverbund ist uneinheitlich. Allen gemein sind jedoch Vakanzen. Reagiert wird darauf gegenwärtig mit dem Verschieben von einem in den anderen Arbeitsbereich oder mit massiver Mehrarbeit. Es liegt auf der Hand, dass den aktuellen Herausforderungen künftig nur mit einer breiteren Aufstellung des Personalkörpers im Verfassungsschutzverbund begegnet werden kann. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Anstellung von mehr IT-Experten. Mit den praktizierten Personalrekrutierungen, den bestehenden Laufbahnverordnungen und tarifrechtlichen Voraussetzungen ist ein Auffangen der Personalvakanzen derzeit nicht möglich.

Attraktive Maßnahmen oder etwa Regelungen zum Gewinnen neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren beruflicher Werdegang einen Einsatz beim Verfassungsschutz sinnvoll erscheinen lässt, sind notwendig. Einer Fluktuation des Personals können Höhergruppierungs- und Beförderungsmöglichkeiten – mit Aufstieg sowie einer vermehrten Zulagengewährung oder attraktiven Prämien – entgegensteuern.

Personalräte und Mitbestimmung

Die Arbeit im Verfassungsschutz findet, mit Ausnahme der Öffentlichkeitsarbeit, weitgehend außerhalb des öffentlichen Raumes statt. Es verwundert nicht, dass sicherheitsbedingte Verschwiegenheit und strenge Geheimhaltungsregeln wichtige Rollen spielen. Doch was spricht dagegen, selbst in dem sicherheitsrelevanten Umfeld der Behörden eine offene und transparente Kommunikation zu fördern? Beschäftigte haben das Recht, über relevante Entwicklungen, Pläne und mögliche Veränderungen ihrer Arbeitsbedingungen rechtzeitig informiert zu werden. Eine frühzeitige, personalvertretungsrechtliche Beteiligung ist ebenso selbstverständlich wie das Einbinden des Personals.

Gebraucht werden stärkere Personalvertretungen und stärkere Mitbestimmungsrechte. So erhalten die Beschäftigten eine konkrete Stimme, die ernst zu nehmen ist. Denn es geht um die Teilhabe bei der Gestaltung ihrer spezifischen Arbeitsbedingungen.

Mehr Arbeitsattraktivität

Die Attraktivität des Berufsbildes Verfassungsschutz muss erhöht, die Grundlagen der Arbeit verbessert werden. Der GdP-Bundesfachausschuss macht dazu folgende Vorschläge:

Gesunde und planbare Arbeitsbedingungen: Die Arbeit im Verfassungsschutz ist oft mit Stress und unregelmäßigen Arbeitszeiten verbunden. Das erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Um die Arbeit im Verfassungsschutz effizienter zu gestalten und die Motivation der Beschäftigten langfristig zu fördern, fordert die GdP:

- ▶ Personalaufstockung statt Stellenabbau.
- ▶ Psychosoziale Unterstützung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- ▶ Reduzierung der Arbeitsbelastung durch zusätzliche Fachkräfte.
- ▶ Flexible Arbeitszeit- und Altersteilzeitmodelle.
- ▶ Moderne technische und digitale Arbeitsmittel.
- ▶ Technische und rechtliche Möglichkeiten, um mobiles Arbeiten im Verfassungsschutz zu ermöglichen und auszubauen.
- ▶ Ausbau des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM).
- ▶ Förderung des Dienst- und Gesundheitsports.

Faire Vergütung: Eine gerechte Bezahlung, die den besonderen Belastungen und dem hohen Verantwortungsgrad der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht wird, ist eine der wichtigsten Grundlagen der Wertschätzung.

Die GdP fordert:

- ▶ Die Attraktivität des Berufsbildes ist kontinuierlich zu steigern – zum Beispiel durch positive gesellschaftlich-politische Begleitung beziehungsweise Medienarbeit.
- ▶ Die Einführung einer bundesweiten Ruhegehaltsfähigkeit der Sicherheits-/Nachrichtendienstzulage (wie im Bund und einigen Bundesländern).
- ▶ Dynamisierung der Sicherheits-/Nachrichtendienstzulage (analog Bayern).
- ▶ Eine erhöhte, einheitliche Zulagengewährung, zum Beispiel bei der Sicherheits-/Nachrichtendienstzulage, beim Dienst zu ungünstigen Zeiten und bei der Observation.
- ▶ Für Tarifbeschäftigte ist ein Berufsbild „Fachangestellte/r im Verfassungsschutz“ zu entwickeln, das unter anderem verbesserte Eingruppierungsmöglichkeiten bietet. Die Tarifverträge TVöD/TV-L/TV-H müssen entsprechend fortentwickelt und für die besonderen Bedürfnisse und Anforderungen der Tätigkeit beim Verfassungsschutz geöffnet werden.
- ▶ Attraktiv bewertete Stellen und Optionen auf Höhergruppierungen dienen der Personalbindung wie auch der Effizienzsteigerung.
- ▶ Interne wie externe Qualifizierungsmaßnahmen sind auszuweiten.
- ▶ Die rechtlichen Grundlagen von Verbeamtungen sind fortzuentwickeln.

Attraktive Karrieremöglichkeiten:

Transparente und planbare Karrieremöglichkeiten sind essenziell, um langfristige Perspektiven zu schaffen.

Um die Karrieremöglichkeiten beim Verfassungsschutz und so die Motivation der Beschäftigten zu erhöhen, fordert die GdP:

- ▶ Die Entwicklung eines flexiblen wie attraktiven Laufbahnrechts, um gleichermaßen Aufstiegschancen zu gewährleisten.
- ▶ Qualifizierungs- und Höhergruppierungsmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte.
- ▶ Ein attraktives und gerechtes Laufbahn- und Tarifrecht berücksichtigt auch die Förderung von Fachkarrieren.

Langfristige Bindung von Beschäftigten:

Um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verfassungsschutz zu binden, sind Aufstiegsmöglichkeiten und Möglichkeiten für Höhergruppierungen zu verankern.

Das will die GdP:

- ▶ Aufstiegsmöglichkeiten, zum Beispiel vom (ehemaligen) mittleren Dienst bis zum (ehemaligen) höheren Dienst für qualifizierte Bedienstete. Bestehende Aufstiegsmöglichkeiten, müssen geöffnet und intensiver genutzt werden.
- ▶ Höhergruppierungsmöglichkeiten in einem angepassten TVÖD/ TV-L/TV-H für qualifizierte Beschäftigte.
- ▶ Erweiterte Ausbildungskapazitäten an der Fachhochschule des Bundes, Fachbereich Nachrichtendienst.
- ▶ Anerkennung geeigneter anderer Studien- und Berufsabschlüsse.

Die GdP fordert transparente Personalentwicklungskonzepte, klare Aufstiegsmöglichkeiten und die Förderung von Qualifizierungen und Spezialisierungen. Denn Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Verfassungsschutz ist kein einmaliger Akt, sondern eine kontinuierliche Verpflichtung.

Effiziente, zukunftsgerechte Infrastruktur:

Unabdingbar ist, in allen Verfassungsschutzbehörden die personelle und materielle Ausstattung an die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen anzupassen.

Um die benötigte Infrastruktur sicherzustellen, fordert die GdP zumindest:

- ▶ Die Gebäudeinfrastruktur aller Verfassungsschutzbehörden muss zukunftsgerichtet, gesund und familienfreundlich gestaltet und ausgebaut sein, darunter der Aufbau neuer Rechenzentren, barrierefreie Räumlichkeiten sowie Eltern-Kind-Zimmer.
- ▶ Alle Liegenschaften müssen aktuellen Entwicklungen und Gefährdungen, insbesondere im Hinblick auf Funktionssicherheit und Spionage, standhalten.
- ▶ Bei externen Beauftragungen, zum Beispiel im Rahmen von Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, sind im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung praxisnahe und effiziente Lösungen zu entwickeln. ■

Reisebeschränkungen, Eingriffe in die Privatsphäre durch regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen und eine hohe Verschwiegenheitspflicht. Wie gehen wir mit diesem Dilemma um?

Die Verfassungsschutzbehörden haben sich zuletzt in Etappen im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit geöffnet. Neben der Veröffentlichung der jährlichen Verfassungsschutzberichte werden öffentliche Symposien und weitere Vortragsveranstaltungen zu aktuellen Themen veranstaltet. Auch die Präventionsarbeit erhielt Stärkung, neue Aussteigerprogramme wurden ins Leben gerufen, teils intensiviert. Professionell präsent sind die Verfassungsschutzbehörden auch in den sozialen Medien.

Gerade in der aktuellen angespannten und hochdynamischen Sicherheitslage bedarf es für unsere Arbeit dennoch eines erkennbaren Rückhalts aus der Politik. Rechts- oder Linksextremismus, Islamismus, Antisemitismus, staatlich gesteuerte Desinformation, Spionage, Cyberangriffe oder neue Aktionsformen im Zuge internationaler Krisen bedrohen unsere demokratischen Werte und Errungenschaften.

Die Verfassungsschutzbehörden als „Frühwarnsystem“ unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sehen sich daher zunehmend komplexeren Herausforderungen gegenüber. Die Verfassungsschutzbehörden benötigen eine nachhaltige Rückendeckung – strukturell und finanziell. Unsere Arbeit muss attraktiver gestaltet werden, wir benötigen Gesetze, die den aktuellen Herausforderungen trotzen.

Unser im November 2023 gegründeter GdP-Bundesfachausschuss Verfassungsschutz hat eine eindeutige Mission: Wir setzen uns im politischen Raum für die Verfassungsschutzbehörden ein und geben unseren Kolleginnen und Kollegen dort eine Stimme.

Alle Beschäftigten leisten einen hoch einzuschätzenden Beitrag zur Stabilität und dem Erhalt unserer demokratischen Grundwerte. Sie verdienen es, in der Öffentlichkeit und von der Politik gehört zu werden. ■

VERFASSUNGSSCHUTZ WERTSCHÄTZEN

Wir geben unseren Kolleginnen und Kollegen eine Stimme

„Polizei gelingt Schlag gegen Drogenbande“, „erfolgreiche Razzia der Polizei“... Diese und weitere Schlagzeilen prägen die tägliche, gute Arbeit der Polizei in den Medien. Dies trägt dazu bei, dass die Polizei zu Recht ein konstant hohes Ansehen in der Bevölkerung genießt.

Dragan Maric

Doch wie steht es um den öffentlichen Stellenwert des Verfassungsschutzes?

Da herrscht meist Stille. Das mediale Echo erschallt jedoch umso schriller, sollten die Behörden vermeintlich und „mal wieder“ ihre Grenzen überschritten haben – oder „blind“ einem Regierungsauftrag folgen. Dennoch: Der Ruf nach starken Verfassungsschutzbehörden erklingt regelmäßig und vernehmbar ... zumeist nach terroristischen Anschlägen. Danach kehrt erneut bemerkenswerte Ruhe ein.

Kontinuierlich erfahren die Verfassungsschutzbehörden Anfeindungen aus dem politischen Raum: Sie werden mit der „Staatssicherheit“ der DDR verglichen, nach

Berichtsveröffentlichungen wird den „Angestellten der Verfassungsschutzbehörden dringend geraten, sich eine neue Arbeit zu suchen. Denn am Ende wird es wie immer in der Geschichte heißen: mitgegangen – mitgefangen“, erklärte der AfD-Politiker Björn Höcke am 4. Mai 2025 nach der Einstufung seiner Partei AfD als gesichert rechtsextremistisch durch unsere Bundeskolleginnen und -kollegen.

Unsere Erfolge werden nur selten der Öffentlichkeit vorgestellt. Aus gutem Grund, denn mit der Arbeitsweise von Behörden und Beschäftigten geht niemand hausieren. Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet dies enorme Einschränkungen, darunter



GdP

DP-Autor
Dragan Maric

ist Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Verfassungsschutz.

KATRIN KUHL IM GESPRÄCH

Zahnräder unserer Sicherheitsstruktur müssen ineinander greifen

Katrin Kuhl, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP), zeichnet verantwortlich für den Bundesfachausschuss (BFA) Verfassungsschutz. DP stellte Fragen zu Welten, Gefahren und Besuchen.

Michael Zielasko

struktur oftmals schon vorhanden. Viele Kolleginnen und Kollegen kommen aus dem Polizeibereich, bringen daher gute Kenntnisse der Strukturen mit und können den Blick den Nichtpolizistinnen und -polizisten vermitteln. Die Mischung der verschiedensten Ausbildungsberufe und Studiengänge im Verfassungsschutz ist spannend, und ich halte sie für unglaublich bereichernd für die Arbeit.

DP: Katrin, hast Du noch eine abschließende Botschaft?

Kuhl: Die Verfassungsschutzbehörden machen eine bedeutungsvolle Arbeit innerhalb, insbesondere jedoch für unsere Demokratie. Das sollten wir alle zu schätzen wissen, auch oder gerade, weil wir nicht täglich Berichterstattungen dazu in der Öffentlichkeit wahrnehmen.

DP: Danke für das Gespräch. ■

DP: Du selbst kommst aus der Polizei. Wie unterschiedlich sind die Welten mit Blick auf den Verfassungsschutz?

Katrin Kuhl: Interessanterweise stelle ich gerade aus dem Bereich der Polizeiverwaltung einige Parallelen zum Verfassungsschutz fest. Wir „kämpfen beide um ein besseres Image, mehr Nachwuchs beziehungsweise Fachkräfte und Sichtbarkeit unserer Arbeit. Und dass wir nicht nur zum Schelte erhalten da sind, wenn etwas nicht funktioniert. Die Polizei wird zu Recht bei den Forderungen Richtung Politik priorisiert. Aber man darf die anderen Zahnräder unserer Sicherheitsstruktur nicht vergessen. Alle müssen ineinander greifen, damit unser Staat und unsere Demokratie vollumfänglich geschützt sind.

DP: Die Gefahrenlage für die Bundesrepublik ist hoch und facettenreich. Müsstent Polizei und Verfassungsschutz nicht in einer viel größeren Schnittmenge zusammenarbeiten?

Kuhl: Ja und nein. Jein, ist hier wohl die richtige Antwort. Natürlich helfen eine gute Zusammenarbeit und ein vertrauensvoller Austausch beiden Seiten. Das kann auch die Arbeit bereichern. Dennoch darf das Trennungsgebot nicht infrage gestellt werden.

Das gibt es aus gutem Grund, und es hat sich bewährt. Jede Einrichtung hat ihre, ich nenne sie, zugeschnittenen Befugnisse. Und diese sollten nicht vermischt werden.

DP: Und ein Mehr an anderer Stelle?

Kuhl: Angesichts der sich dynamisierenden Sicherheitslage sind auch dort rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, wo eine Zusammenarbeit Sinn ergibt. Ich denke hierbei etwa an die zunehmenden Datenmengen, die ohne eine Zusammenarbeit nur schwer oder verzögert auszuwerten sind.

Wäre es sinnvoll, dass Kolleginnen und Kollegen in Hospitationen einen jeweils geschärften und breiteren Blick auf die täglichen Herausforderungen des anderen erhalten?

Kuhl: Es finden bereits jetzt vereinzelt wechselseitige Hospitationen zwischen den Verfassungsschutzbehörden, den Polizeibehörden und den Landeskriminalämtern statt. Für die Tätigkeit im Verfassungsschutz ist eine entsprechende Sicherheitsüberprüfung erforderlich. Daher führt eine Hospitation auch zu einem Mehraufwand für die jeweilige Verfassungsschutzbehörde. Der Blick der Beschäftigten im Verfassungsschutz in Richtung Polizei ist aufgrund der Personal-



GdP

**DP-Gesprächspartnerin
Katrin Kuhl**

ist im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand verantwortlich für das Themenfeld Verfassungsschutz.

BFA VERFASSUNGSSCHUTZ ON TOUR

Zwischenstopp Rheinland-Pfalz

4. Juni 2025, in Rheinland-Pfalz erscheint der Landesverfassungsschutzbericht und in der Behörde eine Delegation der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Gespräch mit dem Chef.



(v.l.) Dr. Ehsan Braner, Referent Politik und Öffentlichkeitsarbeit der GdP Rheinland-Pfalz, GdP-Landeschefin Aline Raber, der Leiter des Verfassungsschutzes Rheinland-Pfalz, Elmar May, Katrin Kuhl, zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand und Dragan Maric, Vorsitzender des BFA-Verfassungsschutzes.

Katrin Kuhl

In vertrauensvoller Atmosphäre erörterten die GdP-Kolleginnen und -Kollegen mit

BEIM VERFASSUNGSSCHUTZ IN SACHSEN-ANHALT

Aktuelle Herausforderungen erörtert

Gut eine Woche nach dem Zwischenstopp in Rheinland-Pfalz machte der GdP-Bundesfachausschuss (BFA) Verfassungsschutz Mitte Juni Halt bei der Landesbehörde Sachsen-Anhalt in Magdeburg.



(v.l.) Uwe Petermann, BFA-Vertreter Sachsen-Anhalt, GdP-Landesvizein Nancy Emmel, LfV-Abteilungsleiter Jochen Hollmann, Katrin Kuhl, zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand, und der BFA-Vorsitzende Dragan Maric.

Katrin Kuhl

Katrin Kuhl, zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand, der BFA-Vorsitzende Dragan Maric, Uwe Peter-

mann, Vertreter Sachsen-Anhalts im BFA sowie GdP-Landesvizein Nancy Emmel erörterten in fokussierter Gesprächsatmosphäre mit LfV-Abteilungsleiter, Jochen Hollmann, dem Personalratsvorsitzenden und einem

weiteren Mitarbeiter aktuelle Entwicklungen und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Verfassungsschutzbehörden.

Maric erklärte: „Wir sind uns bewusst, dass die politischen Entwicklungen zu einer Arbeitsverdichtung in allen Arbeitsbereichen der Verfassungsschutzbehörden führen.“ Wie schon in Mainz bekräftigte er die Forderung des GdP-Expertengremiums nach spürbarem Rückhalt für die Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörden und einer nachhaltigen materiellen und vor allem personellen Stärkung. Für eine effizientere Arbeit seien entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die GdP und insbesondere der BFA-Verfassungsschutz vertreten die Interessen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verfassungsschutzbehörden und setzen sich im politischen Raum für eine konsequente Stärkung der Verfassungsschutzbehörden ein. „Mit Blick auf die aktuellen und wachsenden Bedrohungen für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung benötigen wir einen handlungsstarken und zukunftssicher aufgestellten Verfassungsschutz“, verdeutlichten Kuhl und Emmel. ■

dem Leiter des Verfassungsschutzes Rheinland-Pfalz, Elmar May, und seiner Stellvertreterin Bettina Winter aktuelle Herausforderungen.

Zum Meinungsaustausch fanden sich Katrin Kuhl, zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, Dragan Maric, Vorsitzender des BFA-Verfassungsschutzes, GdP-Landeschefin Aline Raber und Dr. Ehsan Braner, Referent Politik und Öffentlichkeitsarbeit der GdP Rheinland-Pfalz vor Ort ein.

Der Verfassungsschutzbericht 2024 Rheinland-Pfalz spiegelt die aktuellen Herausforderungen für bundesweit alle Verfassungsschutzbehörden wider. Die Zunahme in allen Arbeitsbereichen, insbesondere eine stärkere Vernetzung der rechtsextremistischen Szene sowie eine deutliche Zunahme von Spionage- und Cyberangriffen,

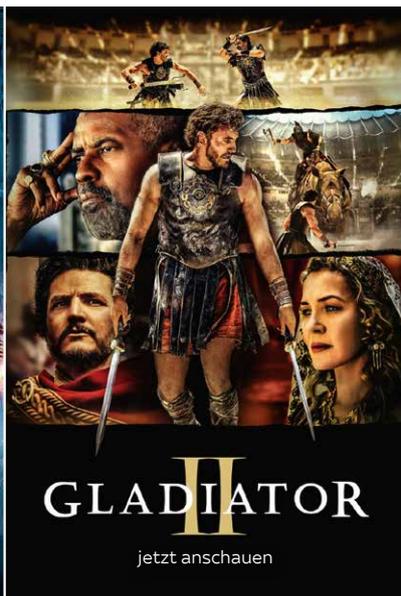
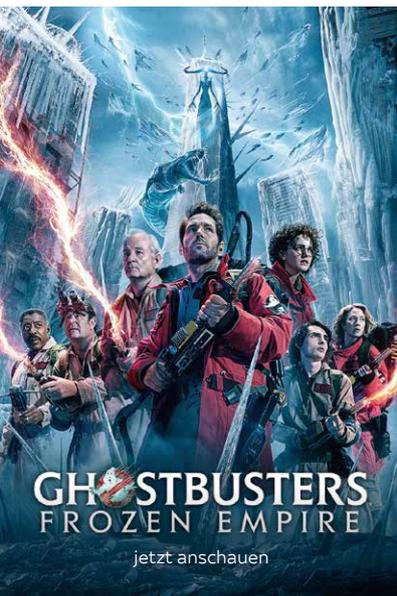
stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie dar. Dies erfordert ein klares Bekenntnis seitens der Politik zur unerlässlichen Arbeit für den Erhalt der Demokratie seitens der Verfassungsschutzbehörden, verdeutlichte Maric.

„Angesichts der stetig wachsenden Aufgaben müssen alle Sicherheitsbehörden mit den personellen und technischen Ressourcen ausgestattet werden“, zeigten sich Aline Raber und Katrin Kuhl einig. Auch das anstehende neue Positionspapier zum Verfassungsschutz der GdP wurde vorgestellt.

Die Gesprächspartner vereinbarten schließlich einen kontinuierlichen Austausch, getreu dem Motto „Verfassungsschutz stärken – Demokratie schützen“.

zurMovieShooterbox.com

ANZEIGE



Jetzt Vorteil sichern!

15%
Rabatt

gdp.de/gdp-plus

sky

Innenleben



Klares Bekenntnis der Delegationen: #schengenisalive.

40. JAHRESTAG DES SCHENGENER ABKOMMENS

Schengen benötigt Polizei – Polizei braucht Europa

Zum 40. Jahrestag des Schengener Abkommens trafen sich Polizeigewerkschaften aus Deutschland, Frankreich und Luxemburg im luxemburgischen Schengen. Die Delegationen würdigten das historische Abkommen und setzten ein starkes Zeichen für dessen Zukunft.

Redaktion

Auf dem historischen Schiff, auf dem 1985 das Abkommen unterzeichnet wurde, verabschiedeten die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die französische Polizeigewerkschaft Alternative Police und die luxemburgische SNPG eine gemeinsame Erklärung unter dem Titel: „Schengen mit 40 – Ein Bekenntnis zu Freiheit, Sicherheit und Zusammenarbeit“.

Die Erklärung betont: Schengen funktioniert nur mit einer starken, grenzüberschreitenden Polizeiarbeit. Vor dem Hintergrund

wachsender Herausforderungen – von irregulärer Migration über Digitalisierung bis zu privaten Grenzkontrollen – fordern die Gewerkschaften, welche alle Mitglieder beim europäischen Verbund EU.Pol sind, nachhaltige Lösungen auf europäischer Ebene.

Dazu fordern sie eine bessere personelle Ausstattung, moderne Ausrüstung sowie mehr gemeinsame Aus- und Fortbildungen für grenzüberschreitende Einsätze. Unterschiedliche rechtliche Vorgaben, fehlende Interoperabilität und unzureichende Sprachkenntnisse erschweren bis heute die tägliche Zusammenarbeit – insbesonde-

Sylvain Durante, Generalsekretär von Alternative Police CFDT:

„Schengen ist nicht nur ein Vertrag: Es ist unser polizeilicher Alltag. Grenzkontrollen, gemeinsame Ermittlungen, Informationsaustausch... alles basiert auf unserem Engagement vor Ort. Alternative Police-CFDT erinnert daran, dass es ohne Anerkennung der Beamten, ohne würdige Arbeitsbedingungen, ohne gewerkschaftliche Anhörung keine glaubwürdige europäische Sicherheit geben kann.“





„Schengen mit 40 – Ein Bekenntnis zu Freiheit, Sicherheit und Zusammenarbeit“ – zur Erklärung auch in englischer und französischer Sprache.

re in Grenzregionen. Auch die Praxis zeigt: Erfolgreiche europäische Sicherheitspolitik benötigt gemeinsame Einsätze und Strukturen. Die Gewerkschaften sprechen sich dafür aus, binationale Einheiten wie die Deutsch-Französische Einsatzinheit „Daniel Nivel“ (DFEE) auszuweiten und weitere gemeinsame Zentren sowie multinationale Patrouillen zu etablieren.

„Deutschland führt mit immensem Aufwand Grenzkontrollen durch, anstatt mit den Nachbarn Lösungen zu finden. Die Freizügigkeit ist ernsthaft gefährdet. Wir brauchen mehr Zusammenarbeit, nicht weniger“, mahnte GdP-Bundesvorsitzender

Jochen Kopelke. Überdies sei es gut, dass sich der EU-Rat und die Schengen-Staaten zum Jubiläum zum grenzenlosen Raum bekannt haben.

Die Polizei trägt täglich zur Sicherheit im grenzfreien Europa bei – sie benötigt dafür Vertrauen, Ressourcen und Respekt. Die Erklärung versteht sich als klares Bekenntnis zu einem Schengen-Raum, der offen, aber nicht ungeschützt ist. Schengen bleibt eine der größten Errungenschaften der EU – doch es muss weiterentwickelt, modernisiert und verteidigt werden. Die Polizeigewerkschaften der drei Länder stehen dafür geschlossen ein. ■

Polizeidirektor Michael Sziele, Abteilungsleiter der Bundespolizeiabteilung Bad Bergzabern:

„Als ich nach meiner Ausbildung 1992 an den Flughafen München versetzt wurde, geisterte Schengen wie ein Gespenst über die Flure. Die Gerüchte mehrten sich, dass das Abkommen von Schengen nunmehr in die Realität umgesetzt werden soll. Ich gehörte damals zu den absoluten Kritikern Schengens und war überzeugt, dass wir mit der Umsetzung von Schengen einen Kontrollverlust erleiden und Deutschland von „Kriminellen“ überrannt werden würde. Zum Glück habe ich mich hier gewaltig geirrt. Die Schengener Ausgleichmaßnahmen haben sich bewährt und der Schengener Raum ist durch die Öffnung der Grenzen und der damit einhergehenden Reisefreiheit aus meiner Sicht nicht unsicherer geworden. Vom Kritiker wurde ich zu einem absoluten Befürworter. Damit die Idee Schengens fortbestehen kann, ist es aber notwendig, die hierfür erforderlichen Instrumentarien stets an die gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Die Bildung der Deutsch-Französischen Einsatzinheit „Daniel Nivel“ ist hierfür ein aus meiner Sicht gelungenes Beispiel. Schengen und die damit einhergehenden Errungenschaften sollten fortbestehen. Lassen Sie uns alles Erforderliche hierfür tun.“



Auf historischem Schiffsboden: (v.l.) Sylvain Durante (Alternative Police CFDT), EU.Pol-Präsident Peter Smets, Patrick Baddé (SNPGL) und GdP-Chef Jochen Kopelke unterzeichnen die gemeinsame „Schengen“-Erklärung.

ANZEIGE



Geben Sie weiter,
was Ihnen am Herzen liegt

Unterstützen Sie Menschen, die Opfer von Gewalt und Kriminalität wurden. Mit einer Testamentsspende helfen Sie uns, Betroffenen in dieser Notlage zur Seite zu stehen.

Ihre Fragen rund um das Thema Erbe und Nachlass beantwortet Ihnen gerne:

 Riccarda Theis
 Tel. 06131 8303 5020
 nachlass@weisser-ring.de



Mehr unter
www.weisser-ring.de/erbschaften

Innenleben



Am GdP-EPK-Stand war immer was los.

GRÜNER STERN BEIM EUROPÄISCHEN POLIZEIKONGRESS

Kommunikationsmagnet mit reichlich Expertise im Gepäck

Und erneut hat sich der Stand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf dem Ende Mai veranstalteten Europäischen Polizeikongress als Kommunikationsmagnet erwiesen. Doch das war längst nicht alles. Auch inhaltlich hat die GdP ordentlich mitgemischt.

Redaktion

Zwei mit spannenden Diskussionen, starken Panels und zahlreichen Begegnungen vollgepackte Tage nutzte die GdP für ihren Auftritt auf der wichtigsten europäischen Plattform für den Austausch zwischen Polizei, Politik und Wirtschaft. Wir waren mitdrin. Und „wir“ bedeutet: die GdP „und“ Europas Polizeiververtretung Nummer 1.: EU.Pol.

Spitzenteam

Seitens des Geschäftsführenden Bundesvorstandes waren mehrere Spitzenfunktionäre vor Ort, so der Bundesvorsitzende Jochen Kopelke, die Vizes Alexander Poitz und Michael Mertens sowie Sibylle Krause und Hagen

Husgen als Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes. Ebenfalls vor Ort waren der GdP-Europabeauftragte Jörg Bruchmüller, der langjährige EuroCOP-Vorsitzende und ehemalige GBV-Kollege Heinz Kiefer sowie eine EU.Pol-Delegation unter Führung von Präsident Peter Smets. Auch aus Ländern und Bezirken strömten Kolleginnen und Kollegen zum EPK-Stand der GdP. Begrüßt wurden die Vorsitzenden der GdP-Landesbezirke Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, Christian Schumacher und Anita Kirsten. Dazugesellt haben sich die Vorsitzenden der GdP-Bezirke Bundeskriminalamt und Bundespolizei | Zoll, Guido Schweickardt und Andreas Roßkopf sowie Mitglieder von Bundesfachausschüssen.

Positioniert

Inhaltliche Marken setzte GdP-Chef Kopelke als Moderator der Diskussionsrunde „Kinder und Jugendliche als Täter – Eine Frage der Prävention oder des Strafmaßes“.

GdP-Bundesvize Alexander Poitz nahm gleich an zwei Fachforen zu „Cannabis“ und „KI“ teil (Hinw. d. Red.: siehe Berichterstattung in der DP-App August).

Bundesschriftführer Hagen Husgen diskutierte den Einsatz von Videotechnik im Forum „Sicherheit vs. Freiheit“ und regte



GdP-Bundesvize Michael Mertens im Gespräch mit Daniela Lesmeister, Staatssekretärin im Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen.



Mecklenburg-Vorpommerns GdP-Vorsitzender Christian Schumacher (l.) und Bundesschriftführer Hagen Husgen (r.) tauschten sich MV-Innenminister Christian Pegel aus.



Vaida Bratcher von der litauischen Polizeigewerkschaft NPPSS, EU.Pol-Präsident Peter Smets und GdP-GBV-Mitglied Sibylle Krause (r.).



Die GdP-Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto erläuterte „Anforderungen an Führung im Generationenwandel“.



GdP-Bundesschriftführer Hagen Husgen im Gespräch mit Münsters Polizeipräsidentin Alexandra Dorndorf.



Expertise zu Cannabis und KI lieferte GdP-Bundesvize Alexander Poitz.



Der IMK-Vorsitzende und Bremer Innensenator Ulrich Mäurer im Gespräch mit GdP-Chef Jochen Kopelke und seinen Stellvertretern Michael Mertens (r.) und Alexander Poitz.

mit einer Frage zum Nachdenken an: „Was nutzt der Polizei die beste Technik, wenn ihr die Befugnisse für deren Anwendung verwehrt werden?“

GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne betonte im Fachforum „Frauen in Führungspositionen“, die Polizei benötige mit Blick auf Gleichstellung einen Kulturwandel, während die Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto im Forum „Anforderungen an Führung im Generationenwandel“ feststellte: „Junge Menschen brauchen Räume, um offen über Fehler zu sprechen. Damit muss die Polizei offener umgehen.“

Risikoarbeitsplatz

Den thematischen Schwerpunkt setzte die GdP jedoch mit dem selbst organisierten Fachforum „GdP – Arbeitsplatz Straße – Sicherheit von Beschäftigten im Verkehr“ (siehe Bericht in dieser Ausgabe). Am Steuer dort: GdP-Bundesvize Michael Mertens, unterstützt von GdP-Mann Yannick Porepp (Autobahnpolizei Schleswig-Holstein), dem Niederländer Edgar Winkel, Operationeel

Innenleben



GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke moderierte eine Expertenrunde zum Umgang mit jungen Tätern.

Specialist B, Politie Eenheid Noord-Nederland sowie Jonas Hurlin, Referatsleiter Politik und Recht beim Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR).

Weitere GdP-Expertise vermittelten in verschiedenen Rollen die Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei, Meike to Baben, die hessische Kriminalistin Andrea Schütte (GdP-AG Häusliche

Gewalt, siehe Bericht in dieser Ausgabe), Berlins GdP-Chef Stephan Weh, und nicht zuletzt EU.Pol-Präsident Peter Smets, der am Fachforum „Work-Life-Blending“ teilnahm.

Kopelke war überdies beteiligt an der Auswahl zur Verleihung des „Zukunftspreises Polizeiarbeit“.

Unser Fazit: auf ein Neues im nächsten Jahr. ■



Kripo und Europa: (v.l.) GdP-Bundesvize Alexander Poitz, BKA-Präsident Holger Münch, der GdP-Europabeauftragte Jörg Bruchmüller, die Europaabgeordnete Lena Düpont (EVP) und Eu.Pol-Präsident Peter Smets.

Innenleben

EPK-VERKEHRSPANEL

Arbeiten im Verkehr – Einsatzkräfte wirksam schützen

Der Einsatz im Straßenverkehr gehört für viele Kolleginnen und Kollegen zum täglichen Dienst – ein Arbeitsort, der mit erheblichen Gefahren verbunden ist. Ob bei Verkehrskontrollen, Unfallaufnahmen oder Absicherungsmaßnahmen: Immer wieder kommt es zu schweren und teils tödlichen Unfällen an Einsatzstellen. Die Ursachen dafür sind vielfältig: abgelenkte Fahrer, schlechte Sichtbarkeit, zu hohe Geschwindigkeiten oder eine unzureichende Schutzausrüstung. Das muss sich ändern! Wie genau das geschehen kann, widmeten sich die Teilnehmenden des GdP-EPK-Verkehrspanels unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Michael Mertens.

Fabian Balster

Yannick Porepp, GdP-Mitglied, DP-Autor und Polizeihauptkommissar mit langjähriger Erfahrung im Einsatz- und Streifendienst auf der A7 bei Neumünster, schilderte praxisnah die Herausforderungen seines Berufsalltages. Wie es aussieht, wenn ein unaufmerksamer Lkw-Fahrer die Unfallabsicherung umfährt und dem Streifenwagen gefährlich nahekommt, präsentierte er durch ein selbst aufgenommenes Video – und hinterließ so ein mulmiges Gefühl bei den Anwesenden.

Leider erleben Kolleginnen und Kollegen auf der Autobahn täglich Situationen wie diese. Zu wie vielen Unfällen mit Material- oder sogar Personenschäden es bei Polizeieinsätzen auf Autobahnen kommt, wird statistisch nicht einmal erfasst. Daher legte Po-



GdP-Mann Yannick Porepp aus Schleswig-Holstein ermöglichte den Teilnehmenden die Perspektive des Praktikers.

repp mit einer eigenen Untersuchung selbst Hand an. (Hinw. d. Red.: siehe DP 01/25).

Damit es gar nicht erst zu derartigen Vorfällen kommt, sprach sich Porepp für eine bundesweit einheitliche Ausstattung, standardisierte Einsatzkonzepte und länderübergreifende Fortbildungen aus. Ein generelles Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde (km/h) auf Autobahnen – zumindest überall dort, wo es noch keine digitale Verkehrsbeeinflussungsanlagen gibt –, könnte ebenfalls einen merklichen Sicherheitszugewinn für die Kolleginnen und Kollegen bedeuten. Auch bei technischen Möglichkeiten zur Unfallprävention wie der Car2X-Kommunikation sieht der Polizist noch Ausbaubedarf.

Niederländische Konzepte für mehr Sicherheit

Einiges, was sich Yannick Porepp wünscht, ist in einem unserer Nachbarländer bereits Realität. Edgar Winkel von der niederländischen Polizei stellte zwei Richtlinien vor, mit welchen die Sicherheit der Einsatzkräfte im Straßenverkehr erhöht werden soll. Sowohl die Fahrt zum Einsatzort wird hier verbindlich geregelt als auch das Verhalten der Einsatzkräfte vor Ort. Neben Verhaltensregeln und Absicherungsmaßnahmen am Unfallort setzen die Kollegen im Nachbarland vor allem auch auf regelmäßige und standardisierte Fahrtrainings für Rettungskräfte – nur wer auf die besonderen Herausforderungen einer Einsatzfahrt vorbereitet ist, darf auch hinters Steuer.

Auch digitale Technik gehört in den Niederlanden bereits zum Alltag: Durch den

konsequenten Einsatz von Verkehrsbeeinflussungsanlagen können temporär und lokal begrenzt Tempolimits angepasst und Spuren gesperrt werden. Hinzu kommen Komponenten wie die automatische Unfallerkennung und das GPS-Datenmanagement, durch die Verkehrsströme rechtzeitig umgelenkt und lange Staus ebenso vermieden werden können wie ein hohes Verkehrsaufkommen an der Unfallstelle.

Kommunikation und Prävention – auch für Einsatzkräfte

Auf die Praxisberichte folgte ein Exkurs in die Theorie: Jonas Hurlin vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) betonte in seinem Beitrag die Doppelrolle der Polizei im Verkehr: Sie schütze nicht nur andere, sondern müsse auch selbst wirksam geschützt werden. Ebenso verhalte es sich mit der Prä-

ventionsarbeit: Während Polizistinnen und Polizisten wertvolle Aufklärungsarbeit für mehr Verkehrssicherheit leisten, bestünde gleichzeitig der Bedarf, diese Personen für die besonderen Herausforderungen ihres Berufsalltages zu sensibilisieren.

Besonderes Augenmerk solle sowohl auf die Aus- und Weiterbildung von Einsatzkräften gelegt werden als auch auf die psychologische Nachbereitung von Unfällen und Einsätzen: Psychische Belastung, Stresssituationen und Übermüdung seien ebenso Unfallursachen wie das Fehlverhalten anderer Verkehrsteilnehmer. Daher dürfen diese Aspekte in der Polizei kein Tabuthema sein.

Jetzt handeln: Rechtsrahmen endlich anpassen

In seinem Fazit unterstrich Mertens, dass die Sicherheit von Einsatzkräften im Straßenverkehr dringend verbessert werden muss. Den Forderungen des Kollegen Porepp schloss er sich an.

Gleichzeitig muss auch der Gesetzgeber in diesem Bereich nachschärfen. So fordert die GdP eine Erweiterung des Paragraphen 315c Strafgesetzbuch („Sieben Todsünden im Straßenverkehr“) um gefährdendes und unangepasstes Verhalten im Bereich von Unfall- und Arbeitsstellen stärker sanktionieren zu können – wie es auch der Verkehrsgerichtstag nach einer GdP-Initiative bereits fordert. Außerdem brauche es endlich eine zentrale und bundesweit abrufbare Statistik über im Verkehr verunglückte Einsatzkräfte.

Arbeitssicherheit im Verkehr ist nicht optional, sondern eine Notwendigkeit – denn jeder verunglückte Kollege ist einer zu viel. ■



GdP-Bundesvize Michael Mertens, im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für Verkehrsthemen, verdeutlichte die Dringlichkeit von Maßnahmen zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen.

Innenleben



Referentin Andrea Schütte

EXPERTIN AUF EUROPÄISCHEM POLIZEIKONGRESS

Die unbekannt Dimension der Häuslichen Gewalt

Einen beeindruckenden Impuls setzte Referentin Andrea Schütte zum Thema Häusliche Gewalt. Die hessische Erste Kriminalhauptkommissarin ist Teil der GdP-AG zum selben Thema. Sie stellte im EPK-Fachforum fest: „Die gesellschaftliche Dimension, die Gefahren und die Kosten sind bis jetzt nicht erkannt.“

Redaktion

Angesichts des bedrückenden Themas nahm Schütte kein Blatt vor den Mund. Gewalt in Partnerschaften sei die am weitesten verbreitete, in Häufigkeit und Schwere am stärksten unterschätzte Form der Gewalt – überhaupt! Zu 80 Prozent seien Frauen die Betroffenen, die in der Familie lebenden Kinder sind als noch einmal eigenständige Opfergruppe anzusehen. Rund 266.000 Polizeieinsätze hat es 2024 bundesweit gegeben; Häusliche Gewalt, das Massendelikt!

Wie geht es der Polizei bei derlei Einsätzen?

Diese sind oft unangenehm, sehr emotionsgeladen, belastend und zuweilen frustrierend bei den vielen wiederkehrenden Fällen. Das Einsatzgeschehen ist komplex, nicht selten unter Beteiligung von wenig polizeifreundlicher Klientel, stellenweise mit alkoholisierten oder unter Betäubungsmitteln stehenden Menschen, und auch in der Sachbearbeitung später arbeitsreich und zeitintensiv. Gleichzeitig ist ein fundiertes Hintergrundwissen zur Gewaltdynamik er-

forderlich. Nicht zuletzt besteht eine hohe Eigengefährdung. „Die Kräfte vor Ort müssen mit Blick auf die großen Risiken eine hohe Verantwortung übernehmen.“ Klar ist: Die Polizei ist nicht parteiisch, muss be- und entlastend ermitteln. Die Wohnung ist kein liebevolles Zuhause, sondern ein Tatort, es muss unter hohem Druck, mit wenig Personal und Zeit gehandelt werden.

Was kann oder muss die Polizei tun?

Effektive Intervention ist der Schlüssel, sagt Schütte. Genauer gesagt heißt dies: die Gewalthandlung beenden, ärztliche Hilfe zuführen, Freiraum und räumliche Distanz, primär für die Opfer schaffen, sowie zielführende Hinweise zu schnellem Anspruch auf Rechtsschutz und Hilfe geben.

Zur Sache

Häusliche Gewalt ist kein geschlechtsneutrales Delikt, wenngleich auch Männer betroffen sein können. In knapp vier Fünftel aller bekannt gewordenen Fälle sind jedoch Frauen Opfer. Im Kontext genannt sind Verbrechen wie Vergewaltigung, Stalking und – schlimmstenfalls – Femizid. Nicht selten



geht es Männern um das Rückgewinnen der Kontrolle über die Ex-Partnerin. Sogenannte Ehrgehaltedelikte treffen ebenso überwiegend das weibliche Geschlecht. Mit Blick auf männliche Hierarchie und Dominanzverhalten sind meist körperliche, sexuelle, ökonomische, soziale und psychische Gewaltformen gegen Frauen festzustellen, das bedeutet „diese vielen Verbrechen existieren quasi, weil es Frauen gibt“.

Die Expertin verweist berechtigterweise auf Wirkungen der sogenannten generationsübergreifenden Gewalt. Denn Opfer sein und Täter werden liegen eng beieinander. Schütte: „Der mit 85 Prozent größte Teil der Gewalttäter weist als Kind eine Gewaltbiografie auf.“ Gewalt gegen die Mutter führt zu kindlichen Traumata, die massive Entwicklungsschäden bewirken. So wandeln die Kinder schon früh auf Risikopfaden. Nicht selten fallen sie dann der Polizei als Schulschwänzer, mit selbstverletzendem Verhalten, kriminellen Karrieren, Suchterkrankungen, desolaten Zuständen und psychiatrischen Einweisungen auf. Auch später im Erwachsenenalter als Täter oder Opfer im häuslichen Umfeld – und die 110 wird wieder gerufen.

Die Rolle der Polizei

Neben bereits Gesagtem ist die Polizei oft erste Anlaufstelle, Mittler von Hilfsinstitutionen, klärt über Opferrechte auf, gibt eine Gefahrenmeldung an das Jugendamt und übernimmt gegebenenfalls die Kurierfahrt zum Frauenhaus. Sie ist ferner ständiger Kooperationspartner anderer Institutionen. Teils nimmt sie herausragende Rollen in Fallkonferenzen ein, ist in Arbeitskreisen aktiv vertreten und in Präventionsprojekten tätig. Schütte betont jedoch: „Allein ist die Polizei im Kampf gegen die häusliche Gewalt machtlos!“.

Zuletzt verwies Schütte auf ihre für die Polizei Hessen erstellte Broschüre: „Zoff daheim, die Polizei kommt“, eine Information für Kinder und Jugendliche nach Vorfällen von häuslicher Gewalt, die vor Ort mit entsprechender sensibler Ansprache überreicht wird. Schüttes Mission: Ohne Häusliche Gewalt wäre die Welt friedvoller. ■

ZUGRIFF IN SEKUNDEN

DP
DIGITAL

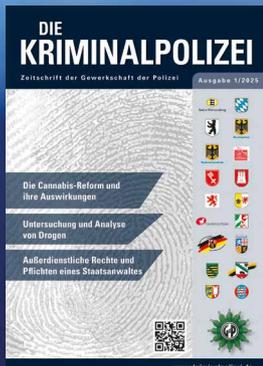
POLIZEI
PRAXIS

DIE
KRIMINALPOLIZEI
Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei • Ausgabe 2/2017

Dein Landesbezirk Deine Themen

Alle Themen rund um Polizei und Ausrüstung aus DP DEUTSCHE POLIZEI, POLIZEIPRAXIS und DIE KRIMINALPOLIZEI hast du mit der DP-App jederzeit in der Hand.

Neben dem Bundesteil der DP findest du hier natürlich auch alle Landesteile.



EHEMALIGER BUNDESVORSITZENDER GESTORBEN

GdP trauert um Günter Schröder



Mit tiefer Trauer reagiert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf die Nachricht vom Tod ihres ehemaligen Bundesvorsitzenden Günter Schröder. Er starb Anfang Juli im Alter von 88 Jahren in Bielefeld. Unser Kollege Schröder stand in den 1980ern fünf Jahre als Vorsitzender an der Spitze des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes. GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke sprach den Angehörigen im Namen der gesamten Organisation seine tief empfundene Anteilnahme aus. In diesen schweren Stunden wünschte er der Familie viel Kraft.

Der Bundesvorstand

Günter Schröder war am 26. Juni 1981 in Hilden bei Düsseldorf als Nachfolger des Bundesvorsitzenden Helmut Schirmacher gewählt worden, nachdem dieser zum Polizeipräsidenten in Bielefeld ernannt wurde. Seit 1975 fungierte Schröder bereits als GdP-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Im November 1986 schied der geborene Hildener dann als GdP-Bundesvorsitzender aus.

In seine Amtszeit fiel der Beitritt der GdP zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Damit wurde ein bereits seit 27 Jahren bestehender Kongressbeschluss der Gewerkschaft der Polizei umgesetzt. Durch die Mitgliedschaft in dem Dachverband wurde die GdP endlich tariffähig. Seitdem kann sie im Verbund mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB mitentscheiden, wenn es um die Tarifforderungen für die Beschäftigten bei der Polizei geht.

Die Achtzigerjahre brachten für die GdP noch eine weitere weitreichende Entscheidung. Seit 1980 wurden auch Frauen für den allgemeinen Dienst der Schutzpolizei eingestellt. Erste Anwärtinnen begannen ihre Ausbildung. Frauen im Polizeidienst gab es bereits seit der Weimarer Republik, wo ihnen Spezialaufgaben hauptsächlich im Be-

reich der Jugend- und Sexualdelikte anvertraut wurden. Polizistinnen, die in allen Aufgabenfeldern tätig sind, stellten jedoch ein Novum dar.

Die GdP begrüßte die neuen Mitstreiterinnen und gründete in der Amtszeit Günter Schröders mit der Frauengruppe 1983 eine eigene Vertretung innerhalb der Gewerkschaft.

Auch die Polizei bekam nach Ende des wirtschaftlichen Aufschwungs die rigorose Sparpolitik in der Bundesrepublik zu spüren. 1982 protestierten 50.000 Menschen in Bonn gegen die Rotstiftpolitik der öffentlichen Arbeitgeber – darunter 6.000 GdP-Mitglieder. In den folgenden Jahren gelang es mit Günter Schröder an der Spitze, Nullrunden bei der Polizei zu verhindern. Auch Pläne, die Beamtenbesoldung per Bundesgesetz im Voraus zu regeln, konnten abgewehrt werden. Schröder äußerte einmal: „Wer heute aufhört zu demonstrieren, darf sich nicht wundern, wenn morgen keine Diskussionsveranstaltung mehr stattfinden darf.“

Der verstorbene GdP-Chef fungierte ebenfalls als Präsident der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP).

„Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten“, betonte Bundesvorsitzender Kopelke.

Manfred Pfaff

Ordnungswidrigkeitenrecht für Polizei, Ordnungsbehörden und Verwaltung

1. Auflage 2021

Umfang: 192 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 20,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0893-9

Komprimiert und auf die wesentlichen Aspekte ausgerichtet, behandelt dieses Lehrbuch das Ordnungswidrigkeitenrecht, wie es in den Studiengängen für den Polizeivollzugsdienst und für den Verwaltungsdienst gelehrt wird. Bei dem Aufbau und den Inhalten des Buches orientiert sich der Autor dabei am Curriculum der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.



DER AUTOR

Dr. Manfred Pfaff ist Lehrbeauftragter für Eingriffsrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht.

Timotheus Büchter

Zivilrecht

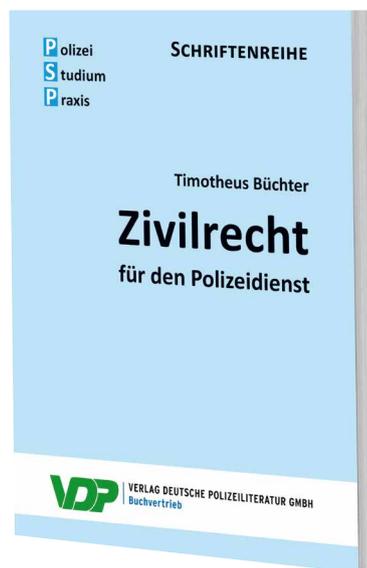
für den Polizeidienst

1. Auflage 2024

Umfang: 181 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 24,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0949-3

Polizeibeamte stehen im Dienst oft vor Situationen mit zivilrechtlichen Aspekten. Um rechtssicher handeln zu können, benötigen sie grundlegende Kenntnisse in den für den Polizeialltag bedeutsamen Bereichen des Zivilrechts. Dieses Buch vermittelt genau dieses Wissen – etwa zu Verkehrsunfällen, Abschleppmaßnahmen, häuslicher Gewalt, Stalking, Miet- und Hausrecht, dem Recht am eigenen Bild, Fundrecht und elterlicher Sorge. Über 90 Fallbeispiele mit Lösungen machen die Inhalte anschaulich. Ergänzt werden die Kapitel durch kompakte Praxishinweise im Stil polizeilicher Einsatzleitlinien.



DER AUTOR

Timotheus Büchter ist Polizeioberkommissar und im Hauptamt in der Ratsausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

365 TAGE IM EINSATZ



Gewerkschaft
der Polizei

Kreisgruppe Hildesheim

Dezember		21 Arbeitstage						
Woche	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	
49	1	2	3	4	5	6	7	
50	8	9	10	11	12	13	14	
51	15	16	17	18	19	20	21	
52	22	23	24	25	26	27	28	
1	29	30	31					

Januar		2026						
Woche	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	
1				1	2	3	4	
2	5	6	7	8	9	10	11	
3	12	13	14	15	16	17	18	
4	19	20	21	22	23	24	25	
5	26	27	28	29	30	31		

Februar		2026						
Woche	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	

TISCHQUERKALENDER

Format ca. 33 x 11,5 cm plus 3 cm Fußleiste
230020

🌿 2,35 € 3,20 €



VIERTONATSPLANER

Format ca. 29 x 68 cm
230000

🌿 1,60 € 2,15 €

TISCHAUFSTELLKALENDER

Format ca. 9,5 x 18 cm
230101

🌿 2,60 € 3,50 €

JAHRESPLANNER DIN A4

Zweiseitig mit Ferienplan auf Rückseite Format DIN A4,
29,7 x 21 cm
230092

🌿 0,25 € 0,35 €

Dezember '25	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar '27
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11
12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13
14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14
15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15
16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16
17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17
18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18
19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19
20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20
21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21
22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22
23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23
24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24
25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25
26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27
28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28
29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29
30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30
31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31

JAHRESWANDPLANNER DIN A0 + A1

Zweiseitig mit hochformatigem Kalendarium auf Rückseite,

Format DIN A0, 84,1 x 118,9 cm
(Mindestbestellmenge 10 Stück)

230032

🌿 2,50 € 3,75 €

Format DIN A1, 59,4 x 84,1 cm

230035

🌿 0,65 € 0,90 €



Weitere Kalender-Produkte
findest Du unter

[www.osg-werbemittel.de/
produkte/kalender](http://www.osg-werbemittel.de/produkte/kalender)





TASCHEKALENDER

4-farbig bedruckte
Kalendarbroschüre.
Format 8,5 x 13,7 cm
230120
☀ **0,75 € 1,05 €**



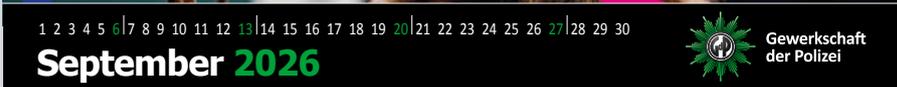
BUCHKALENDER

Format DIN A5,
ca. 14,8 x 21 cm
230102
☀ **6,40 € 8,65 €**



BILDKALENDER

Format 62,6 x 44,1 cm
230099
☀ **14,60 € 19,95 €**



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 10 03 09 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 5,50 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de



DER POLIZEIBEAUFTRAGTE DES
BUNDES IM DP-GESPRÄCH

Die Politik tut gut daran, sich nicht in das operative Geschäft einer hoch spezialisierten Behörde wie der Bundespolizei einzumischen

Berlin, Mitte Juni, Ecke Unter den Linden/Wilhelmstraße. DP ist mit dem Polizeibeauftragten des Bundes verabredet. Amtsinhaber Uli Grötsch ist als Beauftragter noch recht frisch im Geschäft, die Berliner Bundespolitik kennt der frühere bayerische Polizist jedoch als langjähriger Bundestagsabgeordneter wie seine Aktentasche. Untermalt von seinem sonoren oberpfälzischen Dialekt spricht der 50-Jährige über moderne Mindsets, die Grenzen an den Grenzen und die Trägheit des Beschaffens.

Michael Zielasko

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Herr Grötsch, um das Amt des Polizeibeauftragten des Bundes, das Sie jetzt rund eineinhalb Jahre innehaben, gab es intensive Debatten. Skepsis und Kritik äußerte auch die Gewerkschaft der Polizei. Was und wie entgegen Sie dem?

Uli Grötsch: Weitgehend hat man erkannt, dass es sinnvoll und positiv ist, einen Polizeibeauftragten auch für den Bund zu haben. In meiner Funktion bin ich einer von über 20 Polizeibeauftragten auf nationaler Ebene in Europa. In Deutschland gibt es in den Ländern bereits neun unabhängige Polizeibeauftragte. Überall dort, wo es uns gibt, hat sich das Amt bewährt. Dass es bei der

Einführung Getöse und Kritik gab, ist wirklich nichts Ungewöhnliches. Das ist so in unserer Gesellschaft. Denken Sie an die Einführung des Wehrbeauftragten vor über 60 Jahren. Es hat ganze 15 Jahre gedauert, bis auch die konservativsten und reaktionärsten Akteure eingesehen und zugegeben haben, dass diese Funktion ihren Sinn erfüllt. Ich würde mich freuen, wenn es beim Polizeibeauftragten nicht so lange dauert.

DP: Noch ist es ein junges Amt mit Entwicklungspotenzial. Wie können Sie zu einer modernen, transparenten und bürgernahen Polizeiarbeit beitragen?

Grötsch: Es ist unser Kernanliegen, unseren Teil beizutragen, dass die Polizeibehörden des Bundes für die Zukunft gut aufgestellt sind. Das fängt bei einer modernen Führungskultur an. Ich schätze daher die Änderung der PDV 100 zur Führung und Einsatz der Polizei. Weiter geht es mit Themen wie einem moderneren Beschaffungswesen. Wir wollen nicht, dass sich Sanierungen und Neubauten über viele Jahre hinziehen. Im Blick haben wir ebenso das gestiegene Transparenzbedürfnis von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber polizeilichem Handeln sowie ein modernes Mindset bei der Polizei.

DP: Was ist modern an dem von Ihnen angesprochenen Mindset?

Grötsch: Einerseits, kein Platz für Mobbing, kein Platz für Diskriminierungen, kein Platz für sexuelle Belästigung und andererseits beste Arbeitsbedingungen für alle Polizei-

beschäftigten überall in Deutschland. Und das bei einem auch in Zukunft attraktiven und zeitgemäß aufgestellten Arbeitgeber. Zudem wollen und werden wir in der Polizei auch künftig fest und mit beiden Beinen auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Wir haben ein starkes Interesse an einem engen Band zwischen Bürgerinnen, Bürgern und der Polizei.

DP: Das Bild der Bürger von der Polizei ist ein elementarer Faktor für das Verhältnis beider Gruppen. Beide begegnen sich permanent im öffentlichen Raum. Wie gestalten Sie an diesem Bild mit?

Grötsch: Beide sollten aufeinander zugehen. Wir stellen in der Bundesrepublik ein so hohes Vertrauen in die Polizeibehörden fest, wie das nur in wenigen anderen Ländern der Fall ist. Umfragen berichten seit vielen Jahren von rund 80 Prozent der Bevölkerung, die unseren Kolleginnen und Kollegen vertrauen. Davon träumen andere Länder. Und Polizeibeauftragte sind nach dem, was die Forschung sagt, und meine Erfahrung zeigt, ein geeignetes Mittel, um dieses partnerschaftliche Verhältnis nachhaltig zu pflegen und zu stärken.

DP: Sie haben Ihre Länderkolleginnen und -kollegen schon angesprochen. Wie organisieren Sie die Zusammenarbeit? Welche Themen treiben Sie um?

Grötsch: Die Situationen in den Bundesländern sind naturgemäß facettenreich. Diese Unterschiede betreffen selbstverständ-

Der Polizeibeauftragte des Bundes, Uli Grötsch, sieht sein Amt auch als wichtige Säule einer guten und stabilen Beziehung zwischen Polizei und Bürgern.



Uli Grötsch: zu Person und Amt

lich auch die Polizeien. Wir greifen uns die Querschnittsthemen heraus, die alle betreffen, und gehen diese miteinander an. Aktuell sprechen wir etwa über Menschen in psychischen Ausnahmesituationen. Dieses Thema betrifft alle Polizeien gleichermaßen. Generell treffen wir uns dazu zweimal im Jahr in Präsenz und an wechselnden Orten. Der fachliche Austausch wird jedoch auch über Videokonferenzen und Telefonate aufrecht gehalten.

DP: Die GdP engagiert sich mit Blick auf Disziplinarverfahren intensiv um die Rehabilitation von Unrecht beschuldigter Kolleginnen und Kollegen. Ist das auch ein Thema für die Polizeibeauftragten?

Grötsch: Ja, sicher. Disziplinarverfahren beschäftigen uns in ihrer Gesamtheit. Dazu gehört natürlich auch die Rehabilitation, wenn sich im Verfahren herausstellt, dass der Vorwurf zu Unrecht erhoben wurde. Ich bin der GdP dankbar, dass sie diese Forderung so prominent in ihrer Arbeit platziert. Wir werden uns im neuen Berichtszeitraum, also sprich bis Mitte 2026, in Zusammenhang mit Disziplinarverfahren anschauen, ob und wie diese in einem Konkurrenzverhältnis zu einer gesunden Fehlerkultur bei der Polizei stehen. Hat sich etwas geändert, wurden Schwellen abgesenkt? Werden heute „Diszi's“ schneller eingeleitet als noch vor Jahren? Insbesondere wollen wir klären, warum die Verfahren oft zu lange dauern. Wir wissen von Fällen, die sich über Jahre hinweg ziehen. Für die Kolleginnen und Kollegen ist das außerordentlich belastend und aus meiner Sicht ein unhaltbarer Zustand.

DP: Sehen Sie sich als Präventionsinstanz gegenüber dem Bundesinnenministerium?

Grötsch: Nein, ausdrücklich nicht. Ich bin ein Hilfsorgan des Parlaments, des Deutschen Bundestages. Und dem komme ich jeden Tag mit Freude nach. Wenn das Innenministerium aus unserer Arbeit etwas für seine eigene mitnehmen kann, dann gerne. Ich stelle jedoch fest, dass die Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium nicht so gut ist, wie mit der Bundespolizei, dem BKA oder der Bundestagspolizei.

DP: Sie rufen also Herrn Dobrindt nicht an und sagen, wenn Sie das tun, dann steht das nächste Jahr im Bericht?

Grötsch: Sicher nicht. (lacht)

DP: Verraten Sie uns bitte, welche Themen und Anliegen sich auf Ihrer Agenda befinden.

Grötsch: Gerne. Es sind viele. Zur Wahrheit des Polizeibeauftragten des Bundes nach über einem Jahr im Amt gehört, dass wir viele Themen in der Pipeline haben, für deren Bearbeitung uns schlicht die personellen Kapazitäten fehlen. Die Punkte ergeben sich aus meiner täglichen Arbeit und aus dem, was vor allem Polizeibeschäftigte an mich herantragen. Wir befassen uns mit konkreten Anliegen von Kolleginnen und Kollegen genauso wie mit strukturellen Fragen entsprechend unserem gesetzlichen Auftrag. Dazu zählen unter anderem das Beschaffungs- und Liegenschaftswesen, die Lage an den Grenzen oder die Situation der Personenbegleiter Luft. Aber auch die Situation bei der Bereitschaftspolizei, bei der Bundespolizei See, bei der Fliegerstaffel und im alltäglichen Dienst an Bahnhöfen, vornehmlich Hauptbahnhöfen, ist für mich sehr wichtig. Gerade an den Bahnhöfen stellen wir teils „erbärmliche“ Zustände für die Polizeibeschäftigten fest. Im Blick haben wir als weiteres Thema ebenso deren Situation bei Versetzungen an heimatnahe Dienststellen.

DP: Es geht demnach auch um proaktives Handeln. Sie müssen also nicht darauf warten, dass Sie jemand in Aktion bringt?

Grötsch: Wir tun tatsächlich beides. Wendet sich jemand an uns, sind wir nach dem Gesetz verpflichtet, zu agieren. Wir können zu einer Polizistin oder einem Polizisten aus den Polizeibehörden des Bundes nicht sagen, sorry, aber das interessiert uns nicht. Ferner sind sogenannte Selbstbefassungen ein ebensolcher Teil unserer Arbeit. Wenn wir auf ein Thema aufmerksam werden, dann nehmen wir das unter die Lupe.

DP: In Ihrem ersten 100-Tage-Bericht war die Zahl der Anfragen oder Eingaben noch überschaubar. Wie sieht es jetzt aus, kurz vor Ihrem ersten Jahresbericht?

Grötsch: Je bekannter das Amt wird, desto mehr Menschen wenden sich an uns. Damit es so ist, haben wir etwa 60.000 Postkarten mit Informationen über unsere Arbeit in alle Polizeibehörden des Bundes verteilt. Aktuell bilanzieren wir seit meinem Amtsantritt im März 2024 mehr als 1.500 Zuschriften, aus

denen ungefähr rund 500 Vorgänge erwachsen sind.

DP: Wie ist die Postkartenaktion bei den Führungskräften aufgenommen worden, mit Skepsis?

Grötsch: Im Gegenteil wurden wir von den Behördenleitungen unterstützt. Ich habe den Eindruck, dass die Führungsebene erkannt hat, dass man mit dem Polizeibeauftragten gut zusammenarbeiten kann.

DP: Zu einem brisanten Thema, den Grenzkontrollen. Unsere Kollegen, Andreas Roßkopf, Chef der GdP-Bundespolizei, und GdP-Bundesvize Sven Hüber kritisieren die Anordnung des Bundesinnenministers, die Grenzkontrollen auf Dauer zu intensivieren und erkennen eine heikle beamtenrechtliche Situation ihrer Kolleginnen und Kollegen mit Blick auf mehr Zurückweisungen. Welche Position nimmt der Polizeibeauftragte des Bundes ein?

Grötsch: Eine sehr klare. Ich habe diese in den Medien stets bekräftigt. Es kann in Deutschland nicht sein, dass die Gerichte etwas anderes sagen als der Dienstherr. Die staatlichen Akteure sollten mit einer Stimme sprechen. Wir erkennen eine riesige Zusatzbelastung, die die Bundespolizei an den Grenzen stemmt. Und dann ist Rechtssicherheit im Handeln, also Verlässlichkeit gegenüber den Einsatzkräften, doch das Mindeste, was man sich erwarten darf.

Wie lange kann die Bundespolizei ihre Arbeit an den Grenzen mit der aktuell festzustellenden Intensität noch aufrechterhalten?

Grötsch: Nun, die Bundespolizei bekommt es hin, weil sie es immer hinbekommen hat. Die Frage ist nur: zu welchem Preis? Jetzt streckt sie sich jedoch dermaßen zur Decke, dass dies aus meiner Sicht über einen längeren Zeitraum so nicht funktionieren kann. Eine der wichtigsten Fragen dieses Jahres lautet: Wie können und müssen die Grenzkontrollen ausgestattet sein, damit sie für die Bundespolizei über einen womöglich noch längeren Zeitraum leistbar bleiben? Stationäre Grenzkontrollen unter Rundbogenzelten sind mancherorts das Richtige. Woanders ist etwa die Schleierfahndung, Sprungfahndung oder eine Fahndung mit technischen Mitteln besser geeignet. Die Po-



Mehr zum 1. Jahresbericht des
Polizeibeauftragten des Bundes



Der Polizeibeauftragte des Bundes, Uli Grötsch, im Austausch mit den GdP-Bezirkschefs Guido Schweickhardt (GdP BKA, I.) und Andreas Roßkopf (GdP Bundespolizei). Mit im Gespräch, GdP-GBV-Mitglied Sibylle Krause.

litik tut gut daran, sich nicht in das operative Geschäft einer hoch spezialisierten Behörde wie der Bundespolizei einzumischen. Die regionalen Akteure, damit meine ich die Direktionen, sollte man selbst entscheiden lassen, wie im jeweiligen Grenzabschnitt Kontrollen effektiv gestaltet werden.

DP: Auf welche Themen werden Sie überwiegend angesprochen? Von der Polizei, aber auch von den Bürgern?

Grötsch: Zurzeit liegt der Schwerpunkt, vor allem bei den Bürgern, bei den Grenzkontrollen.

DP: Die Wartezeiten bei der Bevölkerung?

Grötsch: Nein, es geht mehrheitlich um Einlagen zu Themen wie Racial Profiling. Es schreiben Menschen, dass sie zum zehnten Mal über die Grenze gefahren sind und zum neunten Mal kontrolliert wurden. Warum? Nur, weil sie eine andere Hautfarbe oder einen Migrationshintergrund aufweisen, so deren Eindruck. Und bei den Polizeibeschäftigten dominieren laufbahnrechtliche Fragen oder Hinderliches im alltäglichen Dienst. Gemeint ist meistens das ausgesprochen träge Beschaffungswesen und die noch zäher vonstatten gehenden Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Das hat weniger mit den Polizeien zu tun als mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimA). Aber: Da-

ran arbeiten wir. Das ist eines unserer absoluten Top-Themen.

DP: Mit Sorge blickt die GdP Bundespolizei auf die Kündigungsquoten in der Behörde. Diese liegt bei rund 30 Prozent. Ein Zusammenhang besteht wohl mit der Heimatnähe des Arbeitsplatzes. Sich in der Nähe nach Personal umzuschauen und heimatnah einzusetzen, würde Sinn ergeben, oder?

Grötsch: Aber ja. Das haben andere wie die Bundeszollverwaltung unter dem Motto „Aus der Region für die Region“ bereits vorgemacht. Ein ausgezeichneter Claim finde ich. An den großen Dienststellen, also Flughäfen oder Hauptbahnhöfen, wünschen sich viele jüngere Kolleginnen und Kollegen, von den oftmals hunderte Kilometer entfernten Dienststellen näher nach Hause zu rücken. Ich selbst musste nach der Versetzung in den Einzeldienst auch 300 Kilometer zurücklegen, um nach Hause zu kommen und weiß daher, wie sich das anfühlt. Solange solche Distanzen die Realität sind, bleibt es problematisch. Ich erkenne natürlich, dass eine Dienststelle wie der Flughafen München einen enormen Personalbedarf erfordert. Allein schon, weil der Flugverkehr zunimmt. Die Politik trifft zudem Entscheidungen wie die Einführung des Entry-Exit-Systems. Dem muss natürlich auch ein entsprechender Personalansatz folgen. Aber trotzdem: Auch hier ist eine überschaubare Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort ein Merkmal eines attraktiven Arbeitsplatzes.

DP: Wie stehen Sie zu Zusatzleistungen im Kontext teurer Ballungsräume wie in München, Frankfurt und Berlin?

Grötsch: Energiekosten, Stichwort Pendeln oder auch hohe Mieten: Heute hat all dies eine völlig andere Dimension als zu der Zeit, in der ich von der Bereitschaftspolizei in den Einzeldienst versetzt wurde. An die Debatten um Wohnungen für Staatsbedienstete und die Ballungsraumzulage, die sich sehr bewährt hatte, kann ich mich gut erinnern. Ich freue mich über die Beschlusslage der GdP zu Zulagen in Hochpreisregionen. Ein attraktiver Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherr, der von seinen Beschäftigten verlangt oder verlangen muss, dass diese hunderte Kilometer zurücklegen, um zur Arbeit zu gelangen, sollte sich in jedem Fall Gedanken darüber

machen, wie derlei Belastungen möglichst gering gehalten werden können.

DP: Thema Bundeskriminalamt (BKA): Der Zuwachs an Aufgaben steigt, die finanzielle Ausstattung des Sachmittelhaushalts hält allerdings nicht Schritt. Das ist jedoch angesichts der großen Vorhaben in der IT des BKA – und die Behörde ist IT-Dienstleisterin für die Polizeien des Bundes und der Länder – notwendig. Was meinen Sie?

Grötsch: Das Thema IT ist natürlich ein sehr, sehr großes. Schauen wir nur auf „P20“, wofür das BKA die Federführung hat. Angesichts der Herausforderungen der digitalen Zukunft ist eine ausreichende IT-Finanzierung obligatorisch.

DP: Müsste P20 nicht etwas schneller gehen? Welchen Einfluss machen Sie geltend?

Grötsch: Das haben wir auf dem Schirm. Das Thema kenne ich seit 2016. Da hieß es noch „Polizei 2020“. Es kann doch keine utopische Erwartung sein, dass die deutschen Polizeibehörden mit der gleichen Software arbeiten. Im BKA wird man zudem immer stärker auf den Einsatz von Spezialisten angewiesen sein. Das sind Menschen, die nicht zwingend klassischen Kriminalbeamten entsprechen, sondern höchst spezialisiert in ihren Bereichen arbeiten. Die Entwicklung der Kriminalitätsphänomene galoppiert geradezu – dafür müssen wir gewappnet sein.

DP: Welche Meinung vertreten Sie zum Sondervermögen Innere Sicherheit?

Grötsch: Innere und äußere Sicherheit müssen immer im Gleichklang sein. Was nützt uns die beste Verteidigungsfähigkeit, wenn wir im Innern nicht genauso stark aufgestellt sind? Es ist wichtig und richtig, Mittel aus dem Sondervermögen in die Verbesserung der Polizeibehörden des Bundes zu investieren. Stichwort Krisenresilienz, mit Blick auf Bundesbereitschaftspolizei oder die Aus- und Fortbildungszentren: Ich habe zu meiner Zeit bei der Bereitschaftspolizei nach dem Einsatz den Dienstwagen noch in der Bereitschaftspolizei-Kaserne betankt. Später wurden die Tankstellen abgebaut. Nun gibt es die Einsicht, dass man diese wohl wieder neu errichten muss. Die Einsicht ist gut, die schnelle Umsetzung wäre noch viel besser.

Innenleben

DP: Wir wechseln in den Bundestag. Die GdP fordert ein Bundestagspolizeigesetz. Für das Personal sowie deren künftige Qualifikation ergäben sich teils deutliche Erfüllungsaufwände, der bisherige Personalschlüssel gemessen an den zusätzlichen Aufgaben müsste überprüft und auch die Attraktivität des Arbeitsplatzes gesteigert werden. Die GdP BKA spricht sich gemeinsam mit der GdP-Kreisgruppe der Bundestagspolizei dafür aus, dort die zweigeteilte Laufbahn einzuführen. Wie sehen Sie das?

Grötsch: Die Bundestagspolizei erfüllt eine der politischsten und sensibelsten Aufgaben dieses Landes. Weil sie das Parlament, also die Herzkammer unserer Demokratie, schützt. Welch hohen Stellenwert das hat, haben wir in den USA mit dem Sturm auf das Kapitol gesehen. Klar ist, dass sie mit der Bundespolizei, dem BKA, den Landespolizeien und anderen Behörden um die besten Köpfe konkurriert. Und dass es mit Blick darauf bei der Bundestagspolizei vergleichbar gute Arbeitsbedingungen geben muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Dazu gehört natürlich auch eine Rechtsgrundlage. Ich verstehe nicht, dass sich im Jahr 2025 eine Polizeibehörde noch auf den Grundgesetzartikel 40 Absatz 2 berufen muss und über kein eigenes Paragrafenwerk verfügt? Deshalb ist es gut, dass die schwarz-rote Koalition die Einführung eines Bundestagspolizeigesetzes im Koalitionsvertrag verankert hat.

DP: Herr Grötsch, wollen Sie die Gelegenheit zu einem kurzen Schlusswort nutzen?

Grötsch: Nach einem Jahr im Amt ziehe ich eine positive Bilanz. Die wechselseitige Zusammenarbeit mit der GdP empfinde ich als fruchtbar. Beiden geht es um die Angelegenheiten der Beschäftigten in den Polizeibehörden. Wir kommunizieren hart in der Sache, dennoch partnerschaftlich im Ton. Gemeinsam können wir so große Ziele erreichen. Daher schätze ich das konstruktive Zusammenwirken mit der GdP. Wir sind keine Rivalen, sondern füllen verschiedene Rollen aus. Das gefällt mir.

DP: Herr Grötsch, vielen Dank für das Gespräch.

BFA SCHUTZPOLIZEI: KÜNFTIGE FUNKSTREIFENWAGEN IM BLICK

Faktor Mensch

Schlussakkord: In einer Serie von fünf DP-Beiträgen beleuchtet eine AG des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei (BFA Schupo) das Thema „Funkstreifenwagen“. Sind unsere Kolleginnen und Kollegen im Streifenwagen etwa ein Risiko? Diese Frage stellte sich unserem BFA-Mitglied Thorben Steckel, als er zum Thema „Faktor Mensch“ recherchierte und sich Gedanken machte.

Thorben Steckel

In der Fachliteratur wird der Mensch häufig als Risikofaktor bei der Bedienung von Maschinen, also auch Kraftfahrzeugen, beschrieben. Neben der emotionalen Verfassung können komplexe Systeme bei der Interaktion zwischen Mensch und Maschine zu schwerwiegenden Fehlern führen. Um Risikopotenziale zu minimieren, sollte sich die technische Umgebung optimal an den Menschen anpassen. Die Einsatzfahrzeuge der Polizei sind mobile Arbeitsplätze der Polizeibeschäftigten. Daher müssen sie den hohen Ansprüchen an die Arbeitssicherheit, den Gesundheitsschutz und die Eigensicherung genügen. Ausreichend große Innenräume, ergonomische Sitze, die das bequeme Tragen der Ausrüstungsgegenstände ermöglichen, eine umfangreiche Sicherheitsausrüstung und Videoeigensicherungsanlagen sind beispielhafte Grundvoraussetzungen dafür.

Abgestimmte Bedürfnisse

Eine einfache und übersichtliche Bedienbarkeit der vorhandenen Systeme sollte schon heute selbstverständlich sein und auch bleiben. Sie sollten die Kolleginnen und Kollegen optimal bei der täglichen Arbeit unterstützen, ohne weder auf Streife noch in dynamischen Einsatzlagen zu überfordern. Es braucht etwa auf die besonderen polizeilichen Bedürfnisse abgestimmte digitale Fahrassistenten, Möglichkeiten zur mobilen Sachbearbeitung, Laderaumsysteme, die einen schnellen Zugriff auf Führungs- und Einsatzmittel zulassen, und einen Fond, in dem Personen sicher transportiert werden können. Diese Anforderungen gehen häufig über die eines am Markt angebotenen Serienfahrzeugs hinaus.

Was kann KI?

Dabei sollte sich der Blick nicht nur auf die heute schon vorhandenen und etablierten

Möglichkeiten beschränken, sondern sich insbesondere in die Zukunft richten. Künstliche Intelligenz ist in aller Munde, in die auch bei der Polizei investiert werden muss. Weg von etwa klassischen Navigationssystemen, Funkgeräten und Fahrassistenten, hin zu KI-unterstützten Systemen. Gemeinsam können die Polizeien des Bundes und der Länder gegebenenfalls auch mit Kooperationen mit anderen BOS zu einem Großkunden und damit wieder attraktiv für Hersteller werden. Die Forschung durch polizeieigene Institute kann bei der Entwicklung unterstützen.

Mensch-Maschine

Ein entsprechend ausgestatteter Streifenwagen führt zur Gesunderhaltung, Sicherheit und Zufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen. Regelmäßige Fahr- und Sicherheitstrainings mit einer Simulation der verschiedenen Fahrsituationen tragen ebenfalls dazu bei, dass der Mensch in der Beziehung Mensch-Maschine eben nicht zum Risikofaktor wird.

Dies war der letzte Artikel der Serie, welche Euch neugierig auf unser Positionspapier Streifenwagen machen sollte – noch in diesem Jahr wird es so weit sein. ■



DP

DP-Autor Thorben Steckel

Der Schleswig-Holsteiner ist in seinem Landesbezirk zuständig für schutzpolizeiliche Themen. Der stellvertretende Vorsitzende des BFA Schupo ist seit 2002 in den vielfältigen Bereichen der Schutzpolizei tätig und freigestellter Personalrat.



Die GdP-Senioren: im Thema vernetzt

VERNETZUNGSTREFFEN

Ruhig angehen lassen nur mit Vorbereitung

Anfang Juni trafen sich in der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Verantwortliche der Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ zum erneuten Erfahrungsaustausch. Diese diskutierten ferner innovative Ansätze und förderten nachhaltige Kooperationen.

Gundula Thiele-Heckel

GdP-Bundesseniorenvorsitzender Ewald Gerk begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und präsentierte die Schwerpunkte des Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstandes und Bundesseniorenvorstandes dar. Momentan sind dies Pflege und Beihilfe, E-Rezept und elektronische Gesundheitskarte, die Neuausrichtung des DGB-Arbeitskreises Senioren, der im Februar 2026 anstehende Bundesseniorenkongress und – noch druckfrisch – der aufpolierte Imageflyer. Der bietet eine kurze Übersicht der GdP-Seniorenarbeit, stellt die Gesichter dahinter vor und enthält Hinweise auf bestehende und neu erstellte Broschüren.

Anika Abel von der Fortbildungsagentur „Arbeit, Bildung und Forschung e.V.“ erklär-

te mit Beispielen eine sogenannte ZIM-Vorlage (Ziel – Inhalt – Methode) vor. Das ZIM dient als Planungsgrundlage für die Moderation eines Seminars. Sie unterstützt bei der didaktischen Reflexion und Planung, damit Ziele, Inhalt und Methoden im Projekt sinnvoll ineinandergreifen.

Das Ziel unserer Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ ist, eine Win-win-Situation zwischen der GdP als Organisation und den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern zu erreichen – mit der unterstützenden Begleitung auf dem Weg in den Ruhestand.

Best Practice

Sein bewährtes Semarkonzept stellte der hessische Kollege Hans-Joachim Barwe den Teilnehmenden vor. Im Anschluss erörterten kleine Arbeitsgruppen weitere erfolgreiche

Konzepte und Methoden sowie empfohlene Vorgehensweisen und kreative Seminaransätze. Diese könnten interaktive Methoden wie den Einsatz von Gruppenarbeiten, Rollenspiele und kreativen Techniken sein. Wichtig sei, die jeweils Teilnehmenden aktiv einzubeziehen.

Diskutiert wurden ebenso digitale Tools, darunter die Integration von Online-Plattformen und Apps zur Unterstützung der Seminarinhalte und zur Förderung der Vernetzung.

Weitere Ansatzpunkte bauen auf einer modularen Struktur auf. Diese könnten flexibel auf die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmenden zugeschnitten sein.

Das Ziel des Treffens, die Förderung von Kooperationen, wurde erreicht. Arbeitsgruppen tauschten sich zu spezifischen Themen aus, um vertiefte Diskussionen und Projekte zu ermöglichen. Über geschaffene Austauschplattformen soll der Austausch zwischen den Bundesländern über das Treffen hinaus fortgesetzt werden.

Unter dem Strich fällt die Bilanz des Treffens sehr positiv aus. Das Treffen in Berlin war ein erfolgreicher Schritt in Richtung einer stärkeren Vernetzung und Weiterentwicklung der Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Fortsetzung wahrscheinlich. ■

**GdP-Plus Partner
Gewinnspiel 2025**

Große Resonanz

Im März 2025 startete
das erste Gewinnspiel
mit GdP-Plus Partner.



**GdP-Plus
Partner**



Der oder die glückliche Gewinnerin
wird in der Ausgabe 9/2025 unserer DP
bekannt gegeben – seid gespannt!

Redaktion

Euer Interesse war äußerst positiv: über 4.000 Mitglieder haben teilgenommen und damit nicht nur die Chance auf einen attraktiven Hauptgewinn genutzt, sondern uns gleichzeitig wertvolles Feedback für die Weiterentwicklung unseres Vorteilsprogramms geliefert.

Die Teilnahme war ganz einfach: mit der Beantwortung von vier kurzen Fragen konntet ihr euch nicht nur die Chance auf ein echtes Highlight sichern, sondern auch eure Meinung dazu äußern, welche Vertragspartner ihr euch bei GdP-Plus Partner wünscht.

Zu gewinnen gab es das **COMPEL HTE 570 EQ Wave**

E-Trekkingbike – zur Verfügung gestellt von unserem Vertragspartner B.O.C. – ausgestattet mit Federgabel, ideal für Stadt und Gelände: und ein echter Blickfang obendrein.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die teilgenommen haben – für euer großes Interesse, eure Zeit und eure Impulse. Eure Rückmeldungen helfen uns dabei, zukünftige Partner noch besser auf eure Interessen abzustimmen.

Und das Beste: Aufgrund der starken Beteiligung wird es auch künftig weitere Gewinnspiele im Rahmen von GdP-Plus Partner geben.

Mitmachen lohnt sich also – nicht nur wegen der tollen Preise, sondern auch, um GdP-Plus Partner aktiv mitzugestalten.

DIE WENDEZEIT IM GEWERKSCHAFTLICHEN RÜCKSPIEGEL

Die sagten, du hast zwar keine Ahnung von Polizei, aber du kannst Gewerkschaft

Mitte Juni, ein heißer Tag. DP spricht mit Dr. Andreas Bernig und Michael Peckmann über eine intensive, vielleicht auch teils hitzige Zeit. Über die Wende, die Gewerkschaft der Volkspolizei und den Übergang zur GdP. Beide sind Urgesteine der GdP Brandenburg. Bernig war langjähriger Landesvize, Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates und Landtagsabgeordneter, Peckmann ist Geschäftsführer und Gewerkschaftssekretär. Ein Gespräch über Hände an der Wand, wegweisende Treppenstufen und angeschlossene Landschaftspflege.

Michael Zielasko

„Ja, wie bin ich zur Polizei gekommen?“, sagt Dr. Andreas Bernig und holt tief Luft. Das hänge mit seinem Studium zusammen oder auch mit der Erziehung. „Mein Vater war bei der Volksmarine und ich wollte eigentlich Offizier werden.“ Aber: Planänderung wegen eines Augenfehlers. Es folgte ein Studium an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg – in der damaligen DDR. „Wir waren direkt an der Grenze zu West-Berlin. Die Akademie hieß bei uns deshalb Akademie am Zaun. Und weil ich als Student ein wenig herausgeragt habe, wurde mir fürsorglich der Staatsapparat vorenthalten und eine akademische Laufbahn mit Promotion eingeleitet.“ Da ihn, wie der heute 68-Jährige erzählt, die Wissenschaft nicht wirklich fasziniert hatte, empfand er die Doktorarbeit mit ihren 200 Seiten und noch einmal 200 Seiten Anhang als quälend. „Gepackt habe ich es aber“, und womöglich hat ihn dabei seine Funktion als freiwilliger Helfer der Deutschen Volkspolizei motiviert, die er bereits mit 18 Jahren angetreten war. Eingriffsbefugnisse durfte er nicht durchsetzen. Wenn, dann wurde das durch einen ihn begleitenden Polizisten angewiesen. „Ansonsten sorgte ich für Ruhe und Sicherheit, war Ansprechpartner für die Bürger und in Einsatzlagen auch Ordnungskraft.“ Erkennbar

war er an einer roten Armbinde mit dem Zeichen der Deutschen Volkspolizei und der Beschriftung „Freiwilliger Helfer“. „Eines Tages sprach mich der Abschnittsbevollmächtigte von Potsdam-Babelsberg an. Willst Du nicht zur Polizei kommen“, erzählt der gebürtige Rostocker. Gekümmert hatte er sich jedoch schon selbst und bereits Kontakt aufgenommen. Am Ende wurde vereinbart: Er macht zunächst seinen Doktor und kommt dann zur Polizei. Gesagt, getan. Im Mai 1988 erhielt er akademische Würden und am 1. Juli wurde Bernig dann zum Hauptmann der Deutschen Volkspolizei ernannt.

„Ich trat als Oberinstrukteur für Agitation und Propaganda in der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BdVP) an, die für den Bezirk Potsdam oberste Polizeibehörde.“ Seinem Wirken in der Polizei hat sein Großwerden auf der wissenschaftlichen Seite sehr geholfen. Deswegen habe er auch nicht die agitatorischen Hardliner der Partei bemüht. „Ich war verantwortlich für die politische Bildung. Also habe ich Wissenschaftler von der Akademie zur BdVP geholt. Die haben dann zur Friedensfrage, zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und zur Wirtschaft in der DDR gesprochen. Und das hörte sich alles ein wenig anders an als das, was in den offiziellen Parteiorganen zu lesen war.“ Sein Chef habe ihm dabei weitgehend freie Hand gelassen. Als Mitarbeiter habe er lediglich seine Absichten und Pläne dar-



MAUER 1961 - 1989

„Es hat überall geknistert und gebrannt, und im Fernsehen waren immer diese Jubelnachrichten. Das war bitter.“

gen müssen. Die Antwort: „Mach mal, Doktor, hat er gesagt, und das habe ich dann auch.“ Bernig schaut zu Michael Peckmann und setzt neu an. Er berichtet von einem persönlich einschneidenden Erlebnis. „7. Oktober 1989, 40. Jahrestag der DDR. Auch in Potsdam demonstrierten Menschen. Als ich am nächsten Tag zum Dienst kam, bemerkte ich Leute, die mit ausgestreckten Händen und gespreizten Beinen an der Wand standen. Das hat mich sehr erschreckt. Bis dahin war mir nicht bewusst, wie die Polizei vorgeht, wenn sie jemanden fest- und dann ins Verhör nimmt.“ Es sei ein Schockerlebnis gewesen, betont er. Er verstand nicht, dass der Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung, Günther Jahn in einer Versammlung erklärte, dass sie jetzt den Sozialismus retten müssten, einen Sozialismus mit menschlichem Gesicht. „Aber ich sah dabei zu, wie wir die demonstrierenden Dissidenten flach hielten und einkassierten. Und da bin ich im Saal aufgestanden.“ Der Genosse Jahn würde irren, habe er mit fester Stimme gesagt. Da auf der Straße, das seien keine Dissidenten und Feinde des Sozialismus, das sei das Volk. Das Ergebnis: Totenstille im Saal und die Veranstaltung war beendet.

„Du hattest vorhin Urgestein gesagt“, schaut Michael Peckmann den Autor dieser Zeilen an. „Das macht schon betroffen, wenn man zurückdenkt, da war ich 28, 29“, schmunzelt er. Sein Weg zur Polizei verlief „eigentlich ganz normal“, sagt der Trebbiner. Abitur, dann drei Jahre Wehrersatzdienst bei der kasernierten Bereitschaftspolizei. Dies war die Alternative zum Dienst in der Nationalen Volksarmee. Dort wurde er für die Polizei geworben und absolvierte ein Studium der Finanzwirtschaft an der Berliner Humboldt-Universität. „1988 war ich fertig und fing als Leutnant der Volkspolizei im Finanzbereich an. Die Wende habe ich live als Polizist mitbekommen.“ Und wie war das? „Bedrückend, total“, so Peckmanns Antwort. Man habe gesehen und gespürt, dass das Land auseinanderfällt, dass es keinen Bereich mehr gab, wo alle vollzählig waren. Viele hätten über Ungarn und sonstige Wege die DDR verlassen. „Es hat überall geknistert und gebrannt, und im Fernsehen waren immer diese Jubelnachrichten. Das war bitter.“

Peckmann arbeitete in einem Bereich, in dem unter anderem Ordnungswidrigkeiten von Menschen erfasst wurden, die auf die Straße gegangen waren. Normale Bürger, die ihr Herz in die Hand genommen und für eine bessere Sache gekämpft hätten, verdeutlicht er. Auf der anderen Seite die Agitation: Draußen marschiert die Konterrevolution, und wir müssen bereit sein. „Gut, dass das alles friedlich über die Bühne gegangen ist.“

Es kam der Mauerfall. „Da durfte ich dann als Hauptmann der deutschen Volkspolizei



privat

**DP-Gesprächspartner
Dr. Andreas Bernig**



GdP

**DP-Gesprächspartner
Michael Peckmann**

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Sie ist eine Erfolgsgeschichte. DP sprach in den vergangenen Ausgaben mit ehemaligen Bundesvorsitzenden. Im August blicken wir mit Brandenburger Zeitzeugen zurück auf die Wendezeit.

am Grenzübergang Drewitz stehen, Visa prüfen und erteilen. Das ging im Sekunden-takt“, führt Bernig fort. Dann die spannende Frage, wie es mit ihm weitergehen werde. Nach der leninistischen Staatstheorie wird der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen. Bürgerliche Spezialisten würden jedoch weitermachen können, die anderen: abgesägt. „Aber, zu welcher Gruppe gehörte ich?“ Zu-pass kam Bernig, dass er zu Gewerkschaften promoviert hatte. „Das nahm ich als Ansatz zur Gründung einer Arbeitsgruppe in der Bezirksbehörde. Schnell bekam ich Kontakt zu Andreas Schuster. Der hatte bereits in Cottbus Strukturen aufgebaut. In Potsdam war auch Kriminalist Dietmar Michael zur Stelle, der die Gewerkschaft im Volkspolizeikreis-amt gegründet hatte. „Ich rang mit mir. Als ehemaliger Vortänzer im Sozialismus wollte ich eigentlich weg. Meine Kollegen stimmten mich dennoch um. Die sagten, du hast zwar keine Ahnung von Polizei, aber du kannst Gewerkschaft. Du bleibst hier und organi-sierst das.“

Am 10. Januar 1990 wurde in der Turn-halle der Hochschule der Volkspolizei in Berlin-Biesdorf der Weg zur Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) bereitet. „Bei den Leuten kamen wir gut an“, sagt Bernig. „Wir haben den Genossinnen und Genossen Rückhalt gegeben. Die kamen freiwillig, und die Ersten waren die oberen Offi-ziere. Wir waren da, wir wurden akzeptiert und einbezogen.“

Peckmann stieg erst kurz nach dem Grün-dungsprozess ein. „Meinen Leutnantsdienst verrichtet ich in der Berliner Chausseestra-ße. „Einmal hörte ich, dass der GdVP-Zen-tralvorstand im gleichen Gebäude, nur eine Etage tiefer, untergekommen war. Dann bin ich mit weiteren Kollegen runter und auf Andreas Schuster gestoßen. Ihn kannte ich noch vom Studium. Wir haben gesprochen und schnell die Verbindung zu der bereits bestehenden gewerkschaftlichen Organisa-tion im Ministerium geebnet.“ Er selbst sei gefragt worden, ob er den GdVP-Finanzbe-reich übernehmen würde. Diesen Posten hatte der heute 64-jährige dann unmittelbar nach dem ersten Ordentlichen GdVP-Dele-giertentag am 31. März und 1. April 1990 im sachsen-anhaltischen Aschersleben besetzt. „Übrigens bin ich wider Erwarten proble-mlos in die Freistellung gerutscht. Ich teil-te dem Oberst mit, ich bin jetzt für die ge-werkschaftliche Tätigkeit freigestellt und gehe eine Treppe runter.“ Der habe nur ge-antwortet, wenn das so ist, dann alles Gute. „Und dann haben wir unter anderem ange-fangen, Personalvertretungen ähnlich dem westlichen Muster zu organisieren. Da wir sehr frühzeitig Kontakt zur GdP aufgenom-men hatten, erhielten wir noch vor dem 3. Oktober 1990 erste Schulungen.“



Turnhallenkonferenz: die GdVP ist Realität

Bernig erinnert vorrangig zwei Namen, beide mit einschlägiger GdP-Vergangenheit und beide spätere NRW-Landesvorsitzende: Frank Richter und Werner Swienty. „Das waren unsere Lehrmeister. Wir haben rasch Personalvertretungsrechtsseminare ins Leben gerufen.“ Es habe die gesetzliche Regelung existiert, dass die Gewerkschaften in den Betrieben und in der Polizei gewissermaßen als Personalräte zu behandeln sind und dadurch die Freistellungen rechtlich abgesichert seien.“ „Auch der damalige GdP-NRW-Chef Klaus Steffenhagen hatte uns beruhigt. Er sagte, wir sind nicht die besseren Polizisten und sagen Euch, wo es lang geht. Ihr seid alt genug, aber wenn ihr Fragen habt, gerne“.

Auf dem Gründungskongress wurde eifrig um die Frage gestritten, ob die GdVP dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) beitreten solle. „Rein gefühlsmäßig, auch durch meine wissenschaftliche Beschäftigung bedingt, war ich dafür. Der Kongress beauftragte vier Leute, darunter auch meine Person, das Für und Wider eines Beitritts bis zum Morgen des folgenden Tages gegenüberzustellen. In dieser Frist haben wir das nicht geschafft. Und dann bin ich am 1. April in die Bütt des Kongresses und sorgte mit einer flammenden Rede für den Beitritt. Hinter meinem Rücken vernahm ich ein deutliches Grummeln. Das hatten sich wohl einige etwas anders vorgestellt.“

Nach Abschluss des Einigungsvertrages stimmte ein außerordentlicher Kongress im Kontext der Wiedervereinigung, der Ländershoheit in Polizeifragen sowie der Auflösung des FDGB dafür, die GdVP zum 30. September 1990 aufzulösen. Das Vermögen

der Organisation wurde unter die Liquidationshoheit der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR, die Treuhand, gestellt und floss später den nach der Wiedervereinigung gegründeten Landesbezirken der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Beitrittsgebiet zu. Der überwiegende Teil der GdVP-Mitglieder folgte dem Beschluss des Auflösungskongress und trat der GdP bei. „Seitdem haben wir hier in Brandenburg einen Organisationsgrad zwischen 70 und 75 Prozent“, unterstreicht Peckmann.

So weit, so gut.

Als vorteilhaft bewerten Bernig und Peckmann die damalige dienstliche Polizei-Partnerschaft zu den Kollegen aus Nordrhein-Westfalen. Bernig: „Die sind mit uns anders umgegangen, als das von anderen Kollegen aus den fünf neuen Ländern zu hören war. Der Gedanke, die Frage der Personalübernahme nach rechtsstaatlichen Prinzipien ablaufen zu lassen, also mit einer Einzelfallprüfung, wurde dank unseres Einsatzes mitgetragen.“ Dies bedeutete, dass bei Prüfungen zu Entlassungen auch Entlastendes gewürdigt wurde. Im sogenannten Gauck-Fragebogen habe jeder zu seinem Wirken in der Polizei zu DDR-Zeiten Auskunft geben müssen. Wer dort ehrlich geblieben ist und etwa eine IM-Tätigkeit zugegeben hatte, diese zudem beschrieb und begründete, bekam eine Chance, in Brandenburg übernommen zu werden.

Anderswo sei gesenst worden. Jeder, der etwas mit der Stasi zu tun gehabt hatte, sei geflogen. „Wir setzten als GdVP und GdP durch, dass die Leute in Beförderungämter verbeamtet werden konnten. Das war zum



» Wir bekamen die Chance, unseren Weg zu gehen. Uns wurde kein System übergestülpt, das wir nicht wollten.

Beispiel in Berlin und in Sachsen anders. Da sind alle aufs Eingangsamt zurückgestuft worden. Es ist doch für die eigene Persönlichkeit ein Unterschied, ob ich 4 Jahre bei der Polizei bin oder 16. Und wenn ich als Berufserfahrener ins Eingangsamt zurückgestuft werde, das ist doch der Hammer. Für uns war es einer der größten Erfolge, dass die Leute verbeamtet wurden: bis zu (mit) vier Jahren Dienstzeit im Eingangsamt, mit acht Jahren im ersten Beförderungsamtsamt und mit 16 Jahren im dritten Beförderungsamtsamt.“

Als Schlüsselerlebnis bezeichnet Bernig das Verhältnis während der Diskussion zur Vereinigung von Berlin und Brandenburg zur GdP Berlin. „Die Berliner Kollegen standen zügig auf der Matte und warfen die Frage des Zusammenschlusses auf. Der war in Berlin ja schon vor der Wiedervereinigung vollzogen. Aber die Delegation machte einen entscheidenden Fehler.“ Sie hatten eine Liste vorgelegt, wer im Fall des Zusammenschlusses hätte bleiben dürfen und wer nicht. „Und dort vermerkt war lediglich Andreas Schuster.“ Es folgte ein Machtwort des Genannten: „Dieses Vorgehen ist Feinde schaffen ohne Waffen“, sagte er, und es blieb neben zwei Bundesländern auch bei zwei GdP Landesbezirken.

Zuvor hatte es lose Partnerschaften zu West-Landesbezirken gegeben. Die GdP wendete sich an GdVP-Bezirksverbände und bot Unterstützung und Betreuung an. „Hessen für Thüringen, Baden-Württemberg für Sachsen und für uns waren es NRW und natürlich Berlin.“ Bernig spricht jedoch auch eine klare Ansage der GdP an. „Als GdVP hatten wir auch erörtert, ob wir selbstständig bleiben sollten. Aber klar wurde uns aus dem Wes-

ten verdeutlicht, dass im Falle einer Nichtauflösung der GdVP am nächsten Tag GdP-Leute kommen und in den Ostländern GdP-Strukturen aufbauen.“ Darauf war es dann nicht hinausgelaufen. Als dann die GdP Brandenburg gegründet wurde und auch alle anderen beigetreten waren, wurden die Organisationsstrukturen analog dem Westen aufgebaut. „Da ist aber keiner aufgetaucht und hat den großen Zampano markiert.“

1990 stießen die sogenannten Westberater zu den ostdeutschen Polizeien. „Die sind mit uns fair umgegangen. Wir wurden auf Augenhöhe behandelt, wie Personalräte und wie sich das gehört. Deren Aufgabe war es, unsere Polizeiorganisation auf Weststandard umzukrempeln“, lächelt Bernig. Natürlich habe der Anreiz, ein höheres Amt und eine Zulage zu erhalten, Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen motiviert, in den Osten zu wechseln. „Aber wir begrüßten es, dass uns die Westkollegen in die Augen geschaut, auf die Schulter geklopft und uns versichert haben, wahrscheinlich wären wir auch in der SED gewesen, wenn wir hier groß geworden wären. Das schafft etwas Verbindendes.“

Stasidiskussionen hatte man in der GdP Brandenburg dennoch auch später noch, erinnert Peckmann. Für die Freigestellten habe es keine Ausnahme gegeben. Bernig: „Ich hatte Polizei nicht gelernt, aber ich wurde trotzdem als Verwaltungsbeamter im gehobenen Dienst der Polizei verbeamtet. Andreas Schuster und ich sind allerdings schon stolz darauf, dass wir die letzten waren, die die Urkunde erhalten haben.“ Es sei ihnen viel wichtiger gewesen, dass die anderen in die Puschen gekommen sind. „Aber schon 1990 haben wir die jeweiligen GdP-Ämter klar gezogen. Schuster und ich waren nämlich echte Spitzenfunktionäre“, lacht Bernig. Der Cottbusser sollte der Gewerkschaftschef bleiben, der Potsdamer den Vorsitz des Hauptpersonalrates übernehmen. „Bernig: Das habe ich dann 15 Jahre gemacht, dann ging es für mich in den Landtag.“

Der 5. Mai 1996 ist Peckmann und Bernig noch in guter Erinnerung. Der Tag der Volksabstimmung über eine Fusion der Länder Berlin und Brandenburg. Während den Staatsvertrag zwar die Mehrheit der Berliner Abstimmenden bejahte, verfehlte dieser die erforderliche Mehrheit der Abstimmenden in Brandenburg. „Für uns ein wichtiges Datum“, erzählt Peckmann. „Wir hatten vorab einen großartigen Tarifvertrag ausgehandelt. Unsere Kolleginnen und Kollegen wären sofort zu 100 Prozent bezahlt worden, also nach Westberliner Verhältnissen.“ „Wir waren im Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe“, führt Bernig fort. Der habe darauf hingewiesen, dass die Regierung den Gewerkschaften sehr entgegen-

gekommen sei. Mit Blick darauf wäre eine Empfehlung zu einem Zusammenschluss mit Berlin von uns zu erwarten. „Wir haben natürlich unseren Kolleginnen und Kollegen die Entscheidung überlassen und keine Empfehlung abgegeben. Das ist auch keine gewerkschaftliche Aufgabe.“ Berlin habe jedoch mit unbedachten, teils flapsigen Äußerungen das negative Wahlergebnis beeinflusst. „Wenn ein führender CDU-Politiker verkündet, Brandenburg, das ist Berlin mit angeschlossener Landschaftspflege, und wir sollten doch endlich einmal aus unseren sozialistischen Wärmestuben kommen, na ja.“ Bei der Ergebniskennzeichnung sei er zwar nicht dabei gewesen, sagt Bernig, er wisse jedoch, dass der vor Ort befindliche Andreas Schuster seiner Freude freien Lauf ließ. Peckmann: „Wir bekamen die Chance, unseren Weg zu gehen. Uns wurde kein System übergestülpt, das wir nicht wollten.“

Noch zu Zeiten der GdVP sei es das Ziel gewesen, die Menschen im Polizeidienst zu halten. Also gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen und Beschlüsse zu vereinbaren, die den Leuten helfen. Peckmann: „Es war nicht leicht, in der DDR Polizist zu sein. Als Staatsorgan wurdest du permanent schräg angeschaut. Für viele war es jedoch auch eine Berufung.“ Heutzutage habe sich dies bei nicht wenigen in Richtung Job gedreht.

„Für mich persönlich war es mit die komplizierteste Phase meines Lebens als stellvertretender GdP-Landesvorsitzender plötzlich im Landtag zu sitzen und dort denn Spagat zwischen Arbeitnehmervertretung und Arbeitgeberseite zu bewerkstelligen“, bilanziert Bernig, der zunächst Teil der PDS-, dann der Linken-Fraktion war. In der Opposition zwischen 2005 und 2009 sei es noch vergleichsweise einfach gewesen. „Da konntest du den Hals aufreißen, wenn es um den Haushalt ging.“ Ab 2009 habe man jedoch in einer Koalition mit der SPD regiert. Schwierige Entscheidungen wie das Abschmelzen des Polizeipersonals hätten mitgetragen werden müssen. „In der Polizei haben wir damit keine Punkte gesammelt.“

Sehr gefreut hatte sich Bernig über die Auszeichnung mit der Hans-Böckler-Medaille im Jahr 2021. Sie ist die höchste Ehrung der Gewerkschaften in Deutschland. Mit ihrer Verleihung werden besondere Verdienste im gewerkschaftlichen Bereich, vorrangig ehrenamtliches Engagement, gewürdigt. Der damalige Brandenburger GdP-Landeschef fand starke Worte. Schuster sagte, Bernig sei ein Gewerkschafter durch und durch. Er habe den Kritikern getrotzt und seine Doppelfunktion als Landtagsabgeordneter und in der GdP gemeistert. „Ja, und dann hat Andreas noch hinzugefügt, dass ich im Zweifel immer der Gewerkschaft den Vorzug gegeben hätte. Das hat mich berührt.“ ■

Innenleben

MITMACHEN, BEIM SICH FÜR ANDERE EINSETZEN

JugendAuszubildendenVertretung

Anfang Juni zwischen Rhein und Weser: 89 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen eingefahren, 127 Mandate erzielt. Bei der diesjährigen Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) der Polizei Nordrhein-Westfalen (NRW) hat die JUNGE GRUPPE der GdP abgeräumt. Auch bei der PHJAV holte die GdP fünf von fünf Sitzen. Da ist im Vorfeld vieles richtig gemacht worden und Vertrauen entstanden.

Redaktion

„Die JAV ist für uns ein zentrales Sprachrohr der jungen Generation. Ihr Engagement ist ein Gewinn für die gesamte Polizei NRW“, erklärte GdP-Landesvize Michel Metz. Getragen worden sei der Wahlerfolg, so Maatz, vom starken Engagement der Kolleginnen und Kollegen in den Behörden. Die Themen der GdP seien sichtbar geworden. Spitzenkandidatin Bianca Jurczyk freute sich über den starken Vertrauensbeweis. „Jetzt heißt es: weiter zuhören, gestalten, liefern“ und versprach: „Wir sind nicht nur dabei, wir schalten uns ein!“

Als Spitzenkandidatin in der PHJAV-Wahl sei ihr von Anfang klar gewesen, dass sich junge, engagierte Menschen, die sich ganz bewusst für den Polizeiberuf entschieden haben, nicht mit einem Platz in der zweiten Reihe zufriedengeben dürfen. „Wir wollen unsere Interessen vertreten, gehört und ernst genommen werden.“ Zum Beispiel bei der psychischen Gesundheit. „Die Belastungen sind enorm, in der Ausbildung, im Praktikum und später im Dienst. Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich überfordert, alleingelassen oder trauen sich nicht, offen über ihre Situation zu sprechen. Und das in einem Beruf, der tagtäglich mit menschlichen Extremsituationen konfrontiert ist.“

Das PHJAV-Gremium wolle ein neues Bewusstsein schaffen, erklärt Jurczyk. „Wir haben gezielt auf Social-Media-Plattformen wie TikTok oder Instagram gesetzt. Dort erreichen wir die Menschen, die solche Themen oft nur mit sich selbst ausmachen. Wir haben Videos produziert, Statements gesetzt und uns offen positioniert. Unser Ziel ist klar: Entstigmatisierung, Offenheit und Menschlichkeit.“ Nicht alle Kollegen begrüßten das, führt sie fort, doch dies zeigt, wie dringend Veränderung nötig ist.

Weitere heiße Themen sind die veralteten Regelungen der Schichtzulagen oder die Klassenstärken in der Hochschule beziehungsweise im Training. Diese seien mittlerweile so hoch, dass sie kaum noch tragbar sind. „Überfüllte Räume, wenig Zeit für individuelle Betreuung, das ist kein zukunftsfähiges Ausbildungsmodell“, stellt Jurczyk fest.

Ferner liege die Nachhaltigkeit, etwa bei Uniformteilen, ihr am Herzen, erzählt die junge Gewerkschafterin. „Warum werfen wir Uniformteile weg, die noch völlig in Ordnung sind? Warum schaffen wir es nicht, ein funktionierendes Recyclingsystem aufzubauen, bei dem gebrauchte Kleidung weitergegeben werden kann?“ Wer nachhaltig denke, denke zukunftsfähig.

Jurczyk will motivieren: „Mit unseren Forderungen stoßen wir im hierarchischen System Polizei nicht immer auf offene Türen. Wir sind jung, teils unbequem. Nur eine starke PHJAV kann Dinge anschieben und durchsetzen. Allerorten, natürlich auch über NRW hinaus, werden junge Leute gesucht. Also macht mit“, appelliert sie. ■



Bianca Jurczyk

will Dinge „anschieben und durchsetzen“. Das, so möchte sie, sollen junge Kolleginnen und Kollegen allerorten angehen.

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 8 | 74. Jahrgang 2025
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 3,10 € zzgl. Versandkosten
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Leitender Redakteur
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistent

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Iurii Motov/shutterstock.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Dominik Lehmanns

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 48 vom 1. Januar 2025.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkshefts in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

174.750 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbekontakt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

STRAFRECHT

Fälle zum Strafrecht für Polizeibeamte

mit Lösungsskizzen, Musterlösungen und Bearbeitungshinweisen

Von **Barbara Blum, Frank Hofmann, Eva Kohler.**

3. Auflage 2023

Umfang: 331 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0925-7**

Dieser Band stellt die strafrechtlich relevanten Studieninhalte fallbezogen dar. Dadurch erhalten die Studierenden konkrete Hilfestellungen, wie Klausuren im Gutachtenstil aufgebaut und formuliert werden. Im Rahmen des Selbststudiums können die Fälle zunächst selbst gelöst und anschließend mit der Musterlösung abgeglichen werden.

Zusammen mit den beiden VDP-Büchern „Strafrecht für Polizeibeamte“ Bd. 1 und Bd. 2 erhalten Studierende des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst damit das Wissen zum Themenkomplex Strafrecht, welches für eine effektive Prüfungsvorbereitung und eine erfolgreiche Bewältigung des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig ist.



DIE AUTOREN

Dr. Barbara Blum, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Studienort Bielefeld.

Dr. Frank Hofmann, Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Abteilung Münster.

Dr. Eva Kohler, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Studienort Dortmund.



DER AUTOR

Dr. Holger Nimtz, Leitender Regierungsdirektor, Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht an der HSPV NRW, Leiter der Abteilung Köln.

Strafrecht für Polizeibeamte

Von **Holger Nimtz.**

Band 1: Grundlagen und Delikte gegen die Person

8. Auflage 2024

Umfang: 288 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 26,00 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0941-7**

Band 2: Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

6. Auflage 2021

Umfang: 320 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0900-4**



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

RABATTE SICHERN !

Deine GdP-Mitgliedschaft ermöglicht Dir
Vorteilspreise bei
allen unten genannten
Unternehmen.

Worauf wartest Du?



**GdP-Plus
Partner**

**Nutze für Dich und Deine Familie
die Rabatte der GdP-Plus Partner!**

Einfach einloggen und shoppen:

Hier zum
Easy-Login!



BB
Bank

Emirates
Holidays

B.O.C.

flatex
Anliegen bei den Profs

T

sky

EuroEyes

HARTMANN
TRESORE

Emirates